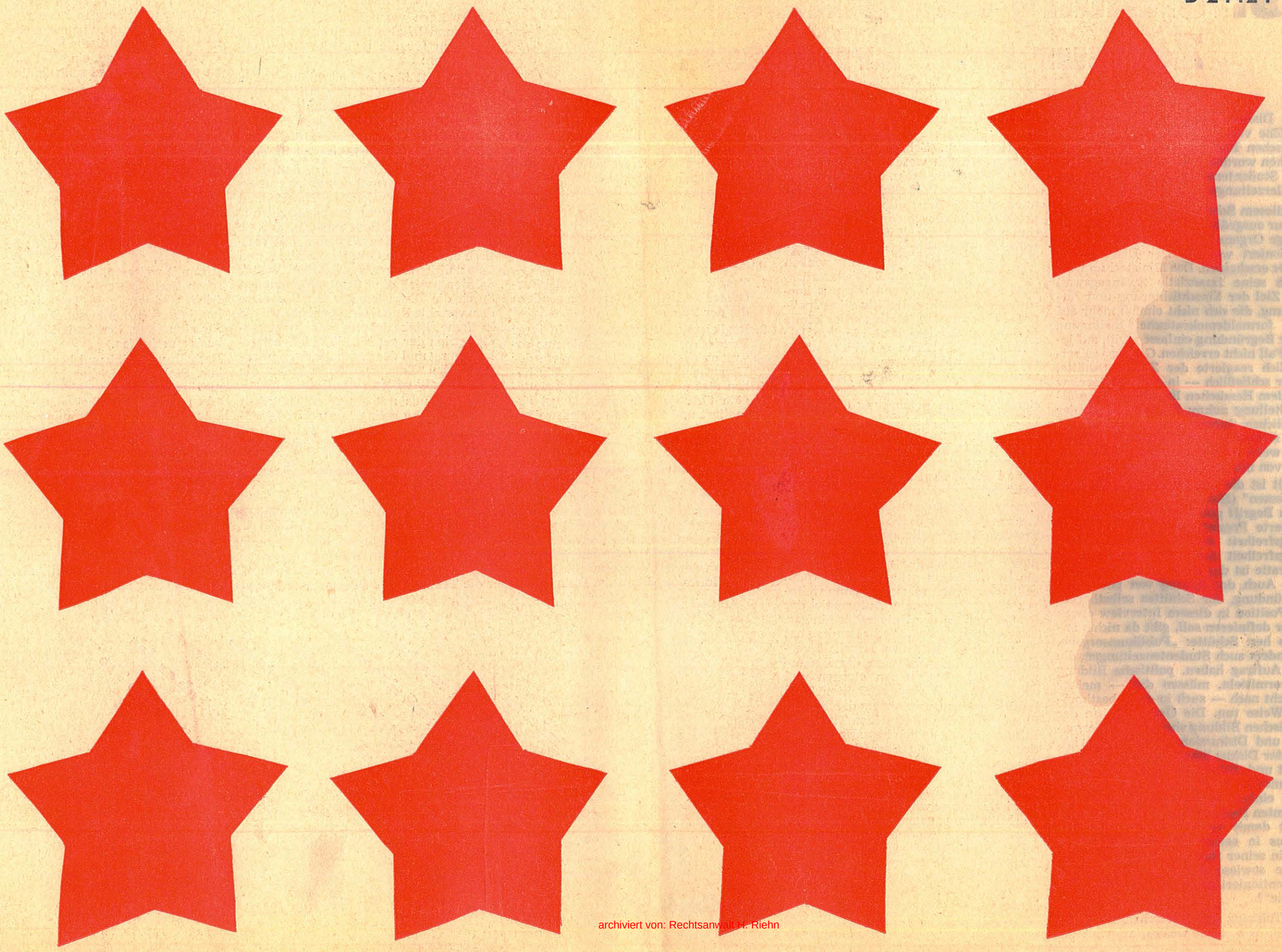
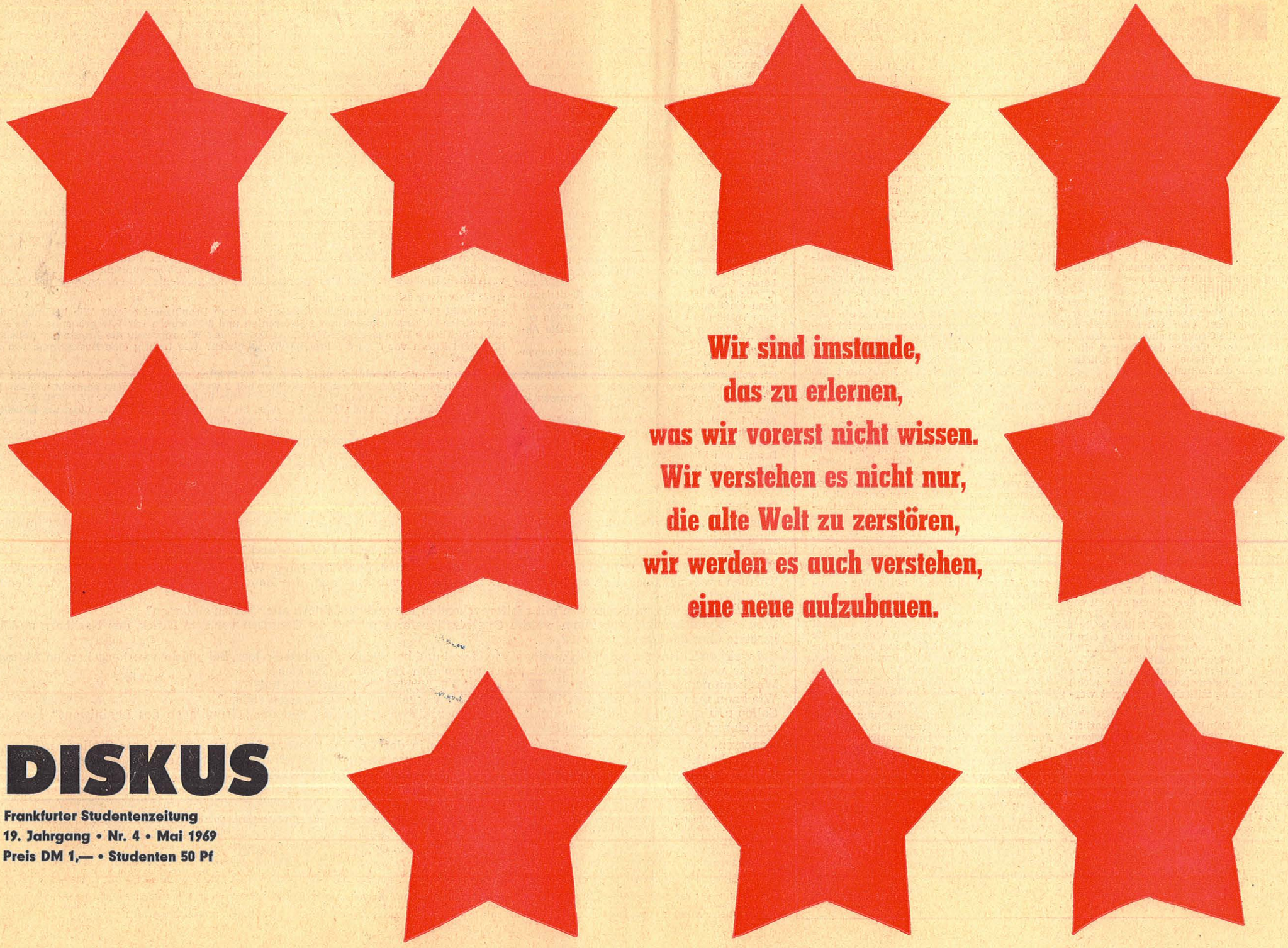
D 2442 F



archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn

www.frankfurt-uni68.de



Wir sind imstande,
das zu erlernen,
was wir vorerst nicht wissen.
Wir verstehen es nicht nur,
die alte Welt zu zerstören,
wir werden es auch verstehen,
eine neue aufzubauen.

DISKUS

Frankfurter Studentenzeitung
19. Jahrgang • Nr. 4 • Mai 1969
Preis DM 1,— • Studenten 50 Pf

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Streichung der Subventionen Zensur und Erpressung

Dem Diskus sind die Landeszuschüsse in Höhe von 25 000 DM per Erlaß des hessischen Kultusministers Schütte gestrichen worden — ebenso wie der Kieler Studentenzeitung, den Berliner Schülerzeitungen und anderen.

Mit diesem Schritt wird eine materielle Zensur ausgeübt — indem politisch mißliebige Organe einfach nicht mehr subventioniert werden. Der Diskus wird weiter erscheinen. Das Ministerium wird durch seine finanzielle Zwangsgewalt sein Ziel der Einschüchterung und Anpassung, die sich nicht einmal mehr auf die formaldemokratische Bedingung einer Begründung einlassen will, auf jeden Fall nicht erreichen. Genauso selbstherrlich reagierte der Zensor Schütte, als er schließlich — in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk — zufällig Stellung nahm: Die Bedingung der staatlichen Subventionierung wird von ihm schnell auf den Nenner gebracht: „. . . wenn es um politische Bildung in dem von mir definierten Sinne geht . . .“

Damit ist die „demokratische Substanz in Hessen“ (Habermas) wieder mal auf ihren Begriff gebracht: die rechtlich garantierte Pressefreiheit wird zur Meinungsfreiheit des Zensors; die Meinungsfreiheit der hessischen Sozialdemokratie ist das Maß der Presseunfreiheit. Auch der Anflug von politischer Begründung, der Schüttes selbstherrliche Position in diesem Interview etwas näher definieren soll, gibt da nichts anderes her. Schütte: „Publikumsorgane, besonders auch Studentenzeitungen, die den Auftrag haben, politische Bildung zu vermitteln, müssen das — meiner Ansicht nach — auch in einer bestimmten Weise tun. Die Grundbegriffe der politischen Bildung sind gewiß Information und Diskussion . . . So meine ich, daß der Diskus längst nicht mehr informiert und diskutiert, die verschiedenen Stimmen zu Wort kommen läßt, sondern ganz einfach aggressiv von einer bestimmten Position sich verhält.“ Schütte sucht damit zu verschleiern, daß der Diskus in seiner linksliberalen Phase und in seiner reaktionärsten CDU-usw-Phase sowieso stillschweigend immer subventioniert wurde. Ist das keine „Politlinie“?

Die Toleranz der Herrschenden reicht soweit, wie s i e wollen, wieweit sie ihnen noch selbst die Aura von Toleranz und demokratischer Legitimität verschaffen kann. Sobald ihre Toleranz ihnen gefährlich werden könnte, hören sie auf tolerant zu sein. Offenbar waren die kulturellen Polizeitaktiker der Meinung, der Diskus stelle schon eine zu große Gefahr für sie dar. Mit der Streichung der Gelder soll der Diskus abgewürgt werden. Aber das ist nur der eine Teil ihrer Strategie: Gleichzeitig winken sie damit, den Entschluß wieder rückgängig zu machen, wenn wir uns korrumpieren ließen: endgültig seien „politische Entschlüsse“ ja nie, und es könne ja sein, daß der Diskus sich ändere. Die Rede von „politischen Entschlüssen“ ist eine bürokratische Farce. Noch offener versucht Schütte am Ende des Interviews seinen Erpressungsköder zu lancieren: Auf die Bemerkung des Interviewers, der Diskus werde durch diesen Entschluß wahrscheinlich gezwungen, noch mehr in Richtung Flugblattzeitung zu gehen, fällt die Bemerkung: „Oder seine Positionen selbstkritisch überdenken.“

Zensur, Erpressung und Gewalt sind das Gesicht der Herrschaft, die ihre demokratische Maske fallengelassen hat.

Doch noch ein anderes Moment wird in dieser Sache wieder mal klargestellt: die Herrschenden gehen auch — wenn es ihnen geboten scheint — ohne weiteres über die formale Autonomie der Professoren an der Universität hinweg. So geschehen: Der Hessische Landtag hat im November 1968 den Haushalt verabschiedet. Dabei wurden die Diskusgelder, die bisher einen eigenen und ohne Richtlinien eingeschränkten Titel im Etat des Kultusministers darstellten, überführt in den allgemeinen Titel „Politische Bildung an den hess. Universitäten“, über den die Senatskommission für politische Bildung der jeweiligen Universität verfügt, und damit Bestandteil des Haushalts der Universität Frankfurt ist. Darüber wurde dem Diskus keine Mitteilung gemacht. Statt dessen wurde unserer Information zufolge, von seiten des Kultusministeriums dem Frankfurter Kuratorium gegenüber bedeutet, wegen dieser Mittel nichts zu unternehmen. Das Kuratorium, das gegenüber der Senatskommission eine rechnerische Nachprüfungspflicht hat und die Verwaltungsaufgaben der Kommission wahrnimmt, hat hierfür unseren Informationen nach dem Vorsitzenden der Kommission, Prof. v. Krockow, nichts mitgeteilt. So wurde der professoralen Senatskommission stillschweigend wieder die Verfügung genommen, über diese Mittel gemäß den allgemeinen Richtlinien zu entscheiden. Nun: die Senatskommission, die Ordinarien, haben sich bisher gegen diesen Autonomieentzug nicht gewehrt.

1. Tangiert die Streichung der Diskus-Gelder nicht ihre Interessen, sondern die der Studenten.
2. Realisieren sie längst schon in ihrer Praxis, daß ihre Autonomie nur soweit reicht, als sie im Interesse der Herrschenden funktionieren. Sie haben dies um den Preis ihrer Privilegien über die Studenten längst akzeptiert und handeln oder schweigen danach — kongruent mit den Herrschenden.

Wir werden uns über die materielle Zensur und die Handlungsweise der Ordinarien nicht liberal empören.

Wir werden versuchen, ein überregionales und lokales Blatt mit zweifacher Funktion für die politische Bewegung zu machen:

1. Ein Blatt für die Kaderbildung, d. h. für die mittelfristige, theoretische Diskussion und Ausbildung der arbeitenden Gruppen;
2. ein Blatt für gruppenspezifische und aktionsgebundene Massenagitation.

Dabei kommt es darauf an, daß diese Zeitung im Rahmen ihrer mittelfristigen Diskussion revolutionärer Theorie und Wissenschaft bestimmte „pädagogische“ Vermittlungsfunktionen erfüllt, daß sie die exemplarischen Aktionen der politisch arbeitenden Gruppen darstellt und ihre politische Praxis reflektiert. Weiter würden wir die Strategiediskussion durch die Diskusion der Praxisansätze der verschiedenen Gruppen, durch die kritische Einbeziehung der Strategiediskussion der geschichtlichen Arbeiterbewegung und des gegenwärtigen internationalen Emanzipationskampfes die Strategiediskussion vorantreiben.

Wenn es uns mit Eurer solidarischen Unterstützung gelingt, unsere redaktionelle Arbeit und den politischen Vertrieb den genannten Funktionen entsprechend zu organisieren, dann hätte sich die Zensur der Herrschenden gegen sie selbst gewendet. Denn wir hätten es im Zusammenhang mit der politischen Bewegung gelernt, uns auf eigene Füße zu stellen; die politische Bewegung wäre damit in der Lage, eine Zeitung selbst zu organisieren und selbständig zu tragen.

Doch noch sind wir nicht soweit: Unsere finanzielle Lage ist schwierig.

Zu der Streichung der Landesgelder kommt jetzt noch hinzu, daß es uns offensichtlich der Rektor durch seinen Justitiar Rhien — genau wie dem Frankfurter AStA — verweigert, daß die Studentenschaftsgelder des Diskus ausgezahlt werden. Die Strategie der materiellen Zensur und des gleichzeitig korruptiven Lockmittels würde dadurch total.

Erst mit weiteren, großen organisatorischen Fortschritten des politischen Vertriebs sind wir in der Lage, die Zeitung kontinuierlich herauszubringen und dafür eine feste, kontinuierliche Arbeitsbasis zu schaffen.

Deshalb vertreibt und bezahlt den Diskus. Stellt den Diskus in den Zusammenhang Eurer verbindlichen politischen Arbeit. Arbeitende Gruppen: Übernehmt in der Zusammenarbeit mit dem Diskus-Kollektiv redaktionelle Funktionen!

In den Großstädten wenig beachtet, entwickelt sich die Revolte Jugendlicher in kleinen Städten. Abgesehen von Berichten, die gelegentlich aus der Provinz zu uns durchdringen, machte sich dies für den Diskus durch mittlerweile über 30 Sammelbestellungen aus solchen Orten bemerkbar. In einem Rundschreiben wandten wir uns an diese Sammelbesteller und an andere Adressen, von denen wir den größten Teil auf dem „Kongreß Mitbestimmung“, Februar 1969, erhielten. Auf diesem Kongreß waren Genossen aus verschiedenen Orten aus Rheinland-Pfalz versammelt, die Inhalte der Diskussion wurden stark von der SDAJ beeinflußt. Wir drucken den inhaltlichen Teil aus dem Rundbrief und der ausführlichsten Antwort ab, in der Hoffnung, damit die Diskussion über die Taktik in der Provinz zentraler als bisher in Gang zu bringen.

„Letzten Endes befindet sich die Trennungslinie zwischen einem revolutionären Intellektuellen und einem nichtrevolutionären Intellektuellen dort, wo es sich zeigt, ob einer willens ist, sich mit den Massen der Arbeiter und Bauern zu verbinden und ob er das auch tatsächlich tut.“ Mao Tse Tung

Rundbrief

Über die Funktion des Diskus in kleineren Orten folgendes:

1. Die Diskussion in Ludwigshafen hat wieder ein-

Politische Berichte aus der Provinz

Zu 1: Was in Ludwigshafen los war, weiß ich zwar nicht. Aber ich weiß, was bei uns los ist: Thema „Mitbestimmung“ ist beispielsweise revolutionär, wer sich dafür einsetzt, gehört zu „diesen langhaarigen Intellektuellen“ (Hab's selbst in der Schule erlebt.) Dennoch:

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Kleine Reformen

Die **Titelseite** versteht sich von uns aus als **politische Werbung.** Wir werden sie deshalb auch gesondert als **politisches Plakat** „schöngedruckt" in zwei Farben durch unseren Vertrieb anbieten.

den Rahmen objektivistischer Zurückhaltung, den wir uns bisher auferlegt hatten und den wir mit dem „Zerschlagt-den-Diskus"-Artikel in Nr. 8 nur oberflächlich durchbrochen hatten. Indem wir uns dort unspezifisch an alle Leser wendeten, fehlte diesem Versuch das bewußt organisierende Moment.

Jetzt vollziehen wir einen Schritt zur offensiven Organisierung unseres politischen Vertriebs. (Bisher sind wir bewußtlos-unsinnig davon ausgegangen, nur die Zeitung solle für sich werben.)

Dafür ist das Mittel des politischen Plakats unersetzbar. Denn es ist in der Lage, der Zeitung dort eine Öffentlichkeit zu schaffen, wo die Gruppen sind, die Adressat und allgemeiner Träger der Zeitung sind. Ebenso ist die Titelseite direkt politische Werbung für die Zeitung.

Bleibt uns zu begründen, warum wir in dieser Nummer bestimmte Artikel publizieren und mit welchen Absichten wir zu anderen Themen nichts schreiben oder auch trotz unserer Absicht nichts veröffentlichen können. Hier fällt zuerst auf, daß wir nichts zum **1. Mai** sagen.

Wir sind dabei davon ausgegangen, daß die politische Bewegung zur Zeit zuwenig Rückhalt in der Arbeiterschaft hat, als daß eine nochmals wiederholte Kritik der Mitbestimmungsforderung von DGB und DKP sich praktisch organisatorisch auf die mobilisierbaren Mitglieder dieser Verbände auswirken könnte.

Die Alternative ist zur Zeit: die Organisation von Jungarbeitern und Lehrlingen. Dazu müßte man in der Zeitung aktuell vor allem die Basisgruppenpraxis von Berlin und Heidelberg und die Stadtteilbasisarbeit von Frankfurt diskutieren und sie in einen strategischen Zusammenhang bringen. Das können wir im Moment nicht lösen.
Für den 1. Mai aber stellt sich die Frage taktisch (Gegendemonstration oder nicht) und muß lokalspezifisch beantwortet werden.

Die Frage der Lehrlings- und Betriebsarbeit beherrscht die Diskussion der **Arbeitskonferenz im April in Frankfurt.** Wieweit diese Diskussion zu eindeutigen Ergebnissen führte, zeigte sich darin, daß der neue BV das Vorhaben, die Ergebnisse der AK kurzfristig zusammenzufassen, nicht verwirklichen konnte. Wir haben daher nur den Artikel aus Heidelberg abgedruckt, der aufzeigt, um welche konkreten Fragen die AK sich aus der Heidelberger Entwicklungsperspektive drehte.

Eine Analyse des letzten Streiksemesters ist auch in dieser Nummer nicht enthalten. Wir drucken eine **Analyse der Arbeitsgruppen im Frankfurter Streik** ab. Dieser Artikel liefert Anschauungsmaterial dafür, daß die utopistischen Bedürfnisse der antiautoritär mobilisierten Studenten sich im Prozeß individueller Emanzipation nur bis zu einer nun genauer bestimmbaren Grenze verwirklichen lassen.

Diese Erfahrung, daß auch die Emanzipation in Arbeitsgruppen als eine besondere Form individueller Emanzipation sehr bald auf objektive Grenzen stößt, muß wohl von allen gemacht werden, um sich von dem kleinbürgerlichen Wunsch nach Selbstbefreiung lösen.

Der kleinbürgerliche Wunsch nach Selbstbefreiung und die dagegengesetzte Erkenntnis, daß die objektiven Bedingungen revolutionäre Arbeit nur unter Opfern möglich machen, gehen auch in die Frage der revolutionären Berufspraxis ein. Der in dieser Nummer abgedruckte Artikel, der die Diskussion in Berlin zusammenfaßt, ist imstande, einen Klärungsprozeß hervorzurufen, indem er die Vorstellung der Syndikalisierung der Überbauberufe als nichtrevolutionäres, politisches Instrument begreift und die eigenen Vorstellungen auf dem Hintergrund der Berliner Erfahrungen präzisiert.

Das Erscheinen von Artikeln über Kunstprobleme hat nichts mit Feuilleton zu tun, sondern realisiert den Stand **politischer Konflikte am Beispiel einer Kunsthochschule.** Dabei geht es nicht um die Abschaffung von Kunst und auch nicht um die vorweggenommene Bestimmung der Funktion von Kunsthochschulen und Kunst im revolutionären Prozeß.

Die Darstellung und Analyse der **Verlagsrevolten,** die sich unter anderem darin äußert, daß Genossen für „linke" Verlage arbeiten, wäre längst gerade im Angesicht der „linken Konjunktur" nötig. Wir versuchen zur Zeit dazu zu kommen, um in der nächsten Nummer darüber zu schreiben.

Von USSG-Seite erhielten wir diesmal keine Beiträge. Auf unseren Wunsch hatte jedoch die **ROTE GARDE aus Berlin** eine Seite zur Darstellung ihrer Praxis gestaltet. Diese Seite ist uns durch Unvorsichtigkeit kurz vor dem Drucktermin abhanden gekommen. Die RG wollte nicht, daß wir selbst etwas aus ihren Zeitungen zusammensetzen. Daher wird diese Veröffentlichung auf die nächste Nummer verschoben. Die Auseinandersetzung mit dieser bereits sehr erfolgreichen Jugendorganisation ist wichtig sowohl für die Strategiediskussion und die Organisationsfrage als auch für die Lösung „einfacher" praktischer Fragen in der Agitation Jugendlicher verschiedener Klassenzugehörigkeit. Wir empfehlen deshalb vorerst, die ROTE GARDE ZEITUNG zu bestellen über Magdalinski-Verlag, Berlin, Oranienstr. 197, oder über den Telefondienst der RG (täglich 17 bis 19 Uhr): 03 11 / 6 18 39 90 oder das Schüler- und Lehrlingszentrum, Kudamm 153, 03 11 / 8 86 66 06.

Diskus-Kollektion

Mai gezeigt, daß es falsch ist zu meinen, in reaktionären Provinzstädten müsse man mit unverfänglichen Fragen wie „Mitbestimmung" beginnen, dies ist der Herausbildung revolutionärer Kader direkt entgegengesetzt.
2. Wir fragen uns und Euch, wie vermieden werden kann, daß Genossen in der Provinz eine Zeitung wie den Diskus nur lesen, um die Diskussionen und Aktionen in den Zentren zu verfolgen, d. h. zu konsumieren. Das treibt die Revolution in der Provinz nicht voran. Erfahrungsgemäß muß jede lokale Bewegung ihre eigenen praktischen Erfahrungen sammeln, sie kann nicht durch bloßes Verständnis der Gesamtbewegung auch gleich zu deren aktuellen Aktionsformen übergehen.
3. Deshalb fordern wir Euch nochmal auf:
Betreibt Eure Agitation über den Diskus, der mittlerweile an über 30 Kleinstädten von Genossen vertrieben wird. Veröffentlicht im Diskus Eure praktischen Erfahrungen, wie Ihr Schulkonflikte im Kleinstadtmillieu vorantreibt, wie kasernierte Lehrlinge sich gegen die Heimordnung wehren, wie sich die Solidarität aus Lehrlingsheimen in die Betriebe hineintragen läßt, wie Ihr die lokale Presse bekämpft, was Ihr mit Kasernen in Eurer Umgebung macht, was mit den Bauern, usw. usw. nicht zu vergessen: die Industriearbeiter vom Lande.
4. Aus jeder Eurer vermeintlichen Niederlagen kann ein Sieg werden, wenn Ihr sie analysiert, Eure Taktik neu diskutiert, Eure Erfahrungen anderen Gruppen mitteilt und für die nächste Aktion verwendet.
5. Wir wissen, wie abstrakt solche Aufforderungen bleiben, wenn Ihr also mit uns zusammenarbeiten wollt, aber nicht genau wißt wie, schreibt uns, wir können Euch auch besuchen.
Die Revolution kann nicht von den Genossen in fünf bis zehn Städten gemacht werden.
Auch in der Provinz sind alle Reaktionäre nur taktisch Tiger aus Eisen und strategisch Tiger aus Papier.
Bestellt den Diskus, schreibt im Diskus, besorgt uns Adressen von anderen möglichen Sammelbestellern.

zu 2: Haben wir (ein paar Schüler, Studenten, die während der Semesterferien bei Muttern leben) Diskussionsabend über „verfängliche" (aber keineswegs „intellektuell angehauchte"!) Themen angesagt. Außerdem findet beispielsweise nächste Woche die erste Basisgruppensitzung des VK statt, soll der Auftakt für Diskussionsabende und Beratungsstunden des VK werden. Wir müssen hier — in der finstersten Provinz im Innern des Landes — ganz, ganz tief unten mit der Arbeit anfangen. Vor allem müssen wir auch noch ständig an uns selbst arbeiten (ich hab' beispielsweise nur sehr wenig „Theorien" drauf), gegen mitunter ganz fürchterliche, erziehungs- und umweltbedingte Hindernisse bei uns selbst vorgehen. Dennoch:

zu 3: Schulkonflikte aufdecken wollen wir im Sommer, wenn unsere Intellektuellen zurückkommen. Mit Hilfe des Jugendfilmclubs: Filme wie „Der junge Törless" etc. sollen als „harmlose" Aufhänger für Diskussionen dienen, bei denen eingeladene Lehrer an die Wand gedrückt werden sollen. Lehrlinge gibt's hier nicht. Den „diskus" versuche ich zu vertreiben. Solidarität mit den Schülern versuchen wir zu kriegen. Die lokale Presse bekämpft uns — obwohl es „uns" gar nicht gibt. Allerdings schreiben manche von uns über unsere Info-Abende des VK etc., über öffentliche, von konservativen bis scheißliberalen „aufgeschlossenen" Erwachsenen arrangierte Diskussionen für die Lokalblättchen — und zwar das, was uns als wichtig erscheint. Wird aber meist redigiert. Und von den Leutchen in der Redaktion sind einige von uns wirtschaftlich abhängig (Taschengeldaufbesserung). Was tun?? Aktionen wie bei Springer sind nicht drin: zu wenig Leute, außerdem — wer kann gegen pfeiferauchende nette Kaninchenzüchter (das sind die Leute der Redaktion) schon brutal vorgehen? Ich leider (noch) nicht! Die Kaserne in . . . . . (das ist die nächste) versuchen wir beständig zu kontakten: Vorige Woche für die Neueingezogenen Flugblätter verteilt, mit Rekruten diskutiert. Mädchen besuchen Tanzveranstaltungen, um Soldaten kennenzulernen. Aktionen laufen an (über VK). Bauern und Industriearbeiter raten uns, die Haare schneiden zu lassen und Sport zu treiben (wie die Pauker auch). Außerdem versteht man sie schlecht, weil sie Dialekt sprechen, sie „verstehen" uns nicht, weil wir nicht mit unserem Wohlstand zufrieden sind. Zugegeben: Es wurde noch nichts getan. Wir müssen hier erst die Schüler ein wenig mobilisieren, ein wenig politisches Bewußtsein wecken. Ist fast nicht vorhanden. Und die wenigen Aktivisten verschwinden größtenteils im Sommer an die Unis!

zu 4: Haben wir selbst gemerkt und —

zu 5: Habt ihr schon einmal die Situation in einem Provinznest erlebt? Wie belämmernd ein angesetzter Diskussionsabend mit 1 Referenten und 3 Zuhörern ist? Wie grauenhaft die Passivität ängstlicher Was-sagen-die-Nachbarn-Fragender? Wie repressiv die Ängste der (teils sogar liberalen) Eltern vor alles erfahrenden Vorgesetzten? Wie traurig eine Basisgruppe von zwei Leutchen?

Natürlich kann die Revolution nicht in 5, 10, 20 Städten gemacht werden. Aber erst recht kann sie nicht in einer 10 000-Einwohner-Siedlung mit 2 wenigen Revoluzzern gemacht werden. Deshalb: Schickt uns den „diskus", damit einige Leute hier sehen, w i e, w a s, gemacht wird in den 5, 10 Städten, damit sie vielleicht auch sehen und merken, daß es sich nicht um Einzelfälle, seltsame Vorgänge handelt. Vor allem aber auch, daß es sich nicht um eine überaus unwichtige Modeerscheinung handelt, wenn man motzt + was tut, sondern daß es den meisten Genossen ernst ist. Und noch was: Vielleicht helft ihr uns auch damit, daß ihr „von ganz unten" bißchen agitiert, beispielsweise jedesmal einen dummen, kleinen, netten Artikel über Ziele + Vorstellungen der ApO bringt. Denn, fürwahr, hier ist wirklich nicht viel zu erwarten! Dennoch: Venceremos!

Der Brief zeigt, daß etwa folgende Fragen in der Diskussion über die „Taktik in der Provinz" behandelt werden müßten:
Was heißt „ganz von unten anfangen?", heißt das anfangen mit liberaler Aufklärung und/oder mit kleinen, aber militanten Einzelaktionen?, anfangen mit der Agitation und Organisation der Kinder der obersten Schicht der Kleinstadt (Oberschüler, auswärts Studierende u. ä.), oder den Kindern der untersten Schicht (Volks- und Berufsschüler)?
Worüber soll man mit Bauern und Industriearbeitern sprechen, über Erziehung, Wohlstandsgesellschaft, allgemeine politische Themen und/oder über die Verteilung der Landwirtschaftssubventionen, das Bauernsterben, die Ausbeutung von Pendler-Arbeitern?
Wie weit kann und muß man sich mit pfeiferauchenden Kaninchenzüchtern aller Sorten einlassen?
Welche Agitation und vor allem welche Organisationsform schützt die Genossen vor dem Druck, den Nachbarn und Vorgesetzte über die Eltern ausüben?
Bei welchen Themen werden Diskussionsabende voll und bei welchen bleiben sie leer, bei welchen vorhergehenden Aktionen?
Bürger welcher Klassenzugehörigkeit interessieren sich für welche Themen?
Was kann man besprechen, wenn 1 „Referent" und 3 „Zuhörer" versammelt sind?
Wie kann man aus erfolgreichen Diskussionsabenden organisatorischen Nutzen ziehen?
Sollen neu gewonnene Genossen zunächst das kommunistische Manifest und die „Grundlagen des Leninismus" lesen oder erst einmal arbeiten, ohne viel zu lesen?

Genossen, die Erfahrungen über Theorie und Praxis in der Provinz haben, mögen zu diesen Fragen Stellung nehmen, die Fragen kritisieren und andere Fragen in diesem Zusammenhang aufwerfen und beantworten.
Redaktionsschluß für die nächste größere Diskus-Nummer ist am 29. Mai 1969.

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung. Erscheint zweimal vierteljährlich. Herausgeber: David H. Wittenberg, Andreas Schröder, Rainer Erd, Lothar Wolfstetter, Veit Feger. Redaktion: Uwe Greiner, Hermann Lohaus, Clara Schmidt, Monika Steffen, József Wieszt. Verlagsleiter: Heinz Schmahle. Anzeigen: Werner Dömming. Vertrieb: Uwe Greiner, Klaus von Büren. Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1, Mertonstraße 26—28, Telefon (06 11) 7 98 31 88. Konten der Zeitung: Commerzbank Ffm. 6420020, Postscheckamt Ffm. 187588. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Erlaubnis der Redaktion. Leserbriefe haben keinen Anspruch auf vollständige Wiedergabe. Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. Januar 1968. Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 10,— jährlich nimmt jedes Postamt entgegen. Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen. Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH. Gerichtsstand: Frankfurt/Main. Einzelpreis für Studenten 0,50 DM, für Erwachsene 1,— DM, ab 10 Exemplaren 0,30 DM.

Die Graphik auf der Rückseite des „Diskus" 1/2 war von Hans Hillmann. Der Artikel „Mobilisierung der Rekruten" von Peter Schrenk, der Artikel „Erziehung zur Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit" von Friedhelm Nyssen, der Artikel „Betrachten Sie die Schule ruhig als eine Vorbereitung für das Militär" stammte von der Kieler AUSS-Gruppe, das Cabral-Interview haben wir aus der Zeitschrift „Tricontinentale" entnommen. Schlampige Arbeit!

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Ein Beitrag aus Heidelberg

Der folgende Artikel konnte auf Grund des Zeitmangels nicht in der Gruppe diskutiert werden. Er reflektiert jedoch die Diskussion der Gruppe nach der Arbeitskonferenz. Die Herleitung unserer organisatorischen und strategischen Vorstellungen aus den Erfahrungen der Gruppe kann hier nur angedeutet werden. Der Heidelberger SDS veröffentlicht Anfang Mai zwei ausführliche Broschüren zum letzten Semester und zur Betriebsarbeit. Sie sind über den AStA, Grabenstraße 14, Telefon 5 43 43, zu bestellen.

Die Auseinandersetzung auf der AK

Nach dem Ausschluß der Traditionalisten, die inzwischen in der DKP das ihnen adäquate organisatorische Sammelbecken gefunden haben, bildeten sich innerhalb des SDS neue Widersprüche heraus, die sich noch kaum in gegensätzlichen Strategien formulieren lassen. Da sie aber in objektiven Schwierigkeiten der Studentenbewegung ihre Ursachen haben und durch verschiedene Einschätzungen dieser Schwierigkeiten begründet werden, enthalten sie wahrscheinlich den Keim zukünftiger Fraktionsgegensätze. Von der richtigen Behandlung dieser Widersprüche wird es abhängen, ob der SDS die notwendige Avantgardefunktion einer sozialistischen Massenbewegung erfüllen kann oder ob er die Schwierigkeiten einer bloßen Studentenbewegung weiterhin innerhalb seiner Organisation bewußtlos reproduziert.

Auf der Arbeitskonferenz des SDS traten diese unausgegorenen Widersprüche als Gegensätze der Frankfurter und der Heidelberger Gruppe in Erscheinung, und zwar in der Form von Pseudo-Machtauseinandersetzungen, die um so irrationaler waren, als die strategischen Differenzen keineswegs wirklich artikuliert werden konnten, geschweige denn, daß eine der beiden Gruppen präzise hätte angeben können, wozu sie die „Macht", also etwa Positionen im BV, hätte einsetzen wollen.

So hatten die Heidelberger um ein Arbeitspapier so verbissen gekämpft, als handele es sich um eine Resolution, deren Annahme den ganzen Verband festlegen solle, und waren am Ende zu keiner einzigen Kandidatur für den BV in der Lage. Die Frankfurter Gruppe jedoch, die sich bestenfalls durch einen diffusen und nur insofern allseitigen Angriff auf das Heidelberger Papier profiliert hatte, zauberte am Ende ein „arbeitendes Kollektiv" hervor, dessen Gemeinsamkeit lediglich darin bestand, daß kein einziger Kandidat irgendwelche Vorstellungen zur BV-Tätigkeit entwickelte, das sich aber auf Grund dieser Eigenschaft nur gemeinsam zur Wahl stellte und endlich nur deshalb auch gemeinsam gewählt wurde, weil es vom Restkollektiv des BV trotz anfänglichen Sträubens akzeptiert wurde.

So ging der Versuch, eindeutige strategische Alternativen aus dem im Laufe der Jahre angesammelten Haufen antiautoritärer Stategeme herauszuschälen, zunächst in der Feststellung auf, daß alle ja Kader wollten, ohne daß genau ausgemacht worden wäre, welche theoretisch-praktische Bedeutung diese Kader haben könnten und welchen inhaltlichen Konsequenzen der Verbandspolitik diese Kader

Erklärung offensichtlich eher sozialpsychologischer, denn politischer Kategorien bedarf.

Das Heidelberger Arbeitspapier „Zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung", das im wesentlichen von Genossen aus der Betriebsprojektgruppe erst auf der AK verfaßt wurde, hätte die Funktion haben sollen, diese regionalistische Struktur des SDS, die sich aus seiner engen Verknüpfung mit der spontanen und dezentralisiert entstandenen Studentenbewegung erklärt, aufzubrechen und auf inhaltlich diskutierbare Positionen zu reduzieren. Auf Grund seiner skizzenhaft rohen Formulierung erreichte es jedoch eher das Gegenteil, d. h., statt die höchst schwammigen politischen Differenzen innerhalb des Verbandes zu klären, verschärfte es zunächst dessen regionale Struktur, deren inhaltliche Relevanz sich allerdings darin zeigte, daß sich diese auf einen Dualismus zwischen Frankfurt und Heidelberg zuspitzte, was dann freilich wieder die Bestimmung dieser politischen Relevanz erschwerte. Ihren längerfristigen Sinn kann die Diskussion der AK deshalb nur bekommen, wenn diese Diskussion in den Gruppen weitergeführt und dadurch von ihren lokalpatriotischen Zügen befreit wird.

Der Hauptfehler des Heidelberger Papiers lag darin, daß es von seiner Entstehung in einem bestimmten Erfahrungszusammenhang nahezu völlig absah. Außerdem wurde es, ursprünglich nur als Papier zur Betriebsarbeit gedacht, dadurch zu einem perfektionistischen Programmvorschlag aufgewertet, daß die Betriebspolitik, wenn auch der Tagesordnung gemäß nach wie vor als bloßer Bereich konzipiert, im Mittelpunkt der Plenumsdiskussion stand, ohne daß es doch gelungen wäre, ihren Stellenwert im Rahmen der sonstigen „Bereiche" zu bestimmen. Um die eigentlichen Differenzen herauszuarbeiten, ist es notwendig, die derzeitigen strategischen und organisatorischen Probleme zu systematisieren und das Heidelberger Papier aus dem Erfahrungszusammenhang der Heidelberger Gruppe heraus zu interpretieren.

Strategische und organisatorische Schwierigkeiten Dezentralisierung

Die richtige Strategie einer Dezentralisierung der Politik an der Hochschule enthält zweierlei Gefahren: Einerseits läuft sie Gefahr, zur bloßen Hochschulpolitik zu verkommen, insofern die Diskussion um den Wissenschaftsbegriff ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt wird, andererseits läuft sie Gefahr, auch diese Hochschulpolitik unter ein falsches taktisches Primat zu stellen, indem sie sich die Inhalte von den jeweils durch den Verwertungszusammenhang des Kapitals und die ideologischen Bedürfnisse des bürgerlichen Staates bedingten Facheinheiten aufzwingen läßt, an deren Kritik sie sich aufreibt, ohne doch neue Studenten mobilisieren zu können, da diese immer schon wissen, daß ihr Studium unter jeder Kritik ist. Werden die Inhalte der Politik der Institutsgruppen jedoch wesentlich von den bestehenden Wissenschaften und Wissenschaftseinteilungen vorgeschrieben, dann lassen sie sich auch nicht mehr in einer gemeinsamen, inhaltlich bestimmten Strategie zusammenfassen, dienen dann nur zur linken Drapierung bürgerlicher Fachborniertheit und

pagnen), die diese Kriterien für die Institutsgruppen verbindlich machen (vgl. Internationalismuspapier der AK).

Pluralismus der Bereiche

Das setzt voraus, daß auf Verbandsebene der Pluralismus der „Bereiche" überwunden wird, der in diametralem Widerspruch zu unserer Analyse der BRD als Klassengesellschaft steht. Wie immer sich die Klassenstruktur und das Klassenbewußtsein gewandelt haben mag, wenn wir davon ausgehen, daß sie nach wie vor durch den Gegensatz von Lohnabhängigen und Kapitalisten gekennzeichnet ist, dann bestimmt sich die Wichtigkeit unserer Tätigkeiten danach, welche Funktion sie für die Mobilisierung der Arbeiterklasse, d. h. für die „Rekonstruktion der Arbeiterklasse", haben. Organisatorisch hat das die Konsequenz, daß nicht die irgendwelche „Bereiche" bearbeitenden Gruppen pluralistisch die Strategie bestimmen, indem sie ihre jeweiligen Bedürfnisse etwa addieren, um dann durch irgendwelche Divisionen die gemeinsame Strategie zu erhalten, sondern daß die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Mobilisierung der Arbeiterklasse zentral diskutiert werden und die verschieden „arbeitenden Gruppen" in diesem Rahmen bestimmte Aufgaben übernehmen.

Substitutionalistisches Bewußtsein

Gerade dieses organisatorische Bewußtsein aber droht innerhalb des SDS verlorenzugehen. Die relativ erfolgreiche Mobilisierung der Studenten und die unerwartete Verbreiterung der Basis in der Studenten- und Schülerschaft gerade in der Auseinandersetzung mit der Staatsmacht auf der Straße ließen den bloß substitutionalistischen Charakter der Studentenbewegung in Vergessenheit geraten, die er dadurch aus den Augen verlor, daß exemplarische Aktionen nur dann auf die Dauer sinnvoll sind, wenn man den Inhalt des Exempels über den Bereich der Agierenden hinaus vermittelt, wenn die Aktionen der Studenten in Agitation vor den Betrieben umgesetzt werden, und sei es zunächst nur mit dem Ziel, solchen Arbeiterindividuen, bei denen unsere Aktionen psychologische Abspaltungsprozesse vom verinnerlichten Trott in Gang gesetzt haben, die Möglichkeit zu geben, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Daß die Genossen nach Aktionen oft so erschöpft sind, daß sie die Aufklärung der bürgerlichen Presse überlassen müssen, zeigt, daß ihr substitutionalistisches Bewußtsein zunehmend zu einem autistischen wurde, daß sie Aktionen machen, um in die Zeitung zu kommen, nicht aber um Breschen in das bestehende Bewußtsein zu schlagen, an denen die eigene Agitation ansetzen kann.

Diese Verkümmerung des substitutionalistischen Bewußtseins hängt damit zusammen, daß die Auflösung des SDS in die Bewegung zwar emphatisch zur Kenntnis genommen wird, daß man aber übersieht, daß die Bewegung nicht von selbst über sich hinaustreibende Elemente hervorbringt, sondern eher die Tendenz zum Rückzug in die Privatsphäre zeigt, die nicht durch bloße Kollektivierung aufgehoben werden kann, sondern nur dadurch, daß sich diese Kollektive in politischen Kategorien begreifen und politische Funktionen übernehmen, d. h. sich als Avantgarde verstehen.

Repressionsmöglichkeiten der herrschenden Klasse zu einem unkalkulierbaren Risiko für diese selbst werden lassen; Aktionen dürfen keine exemplarischen Niederlagen hervorrufen, d. h., die Agitation vor und während der Aktion darf keine Illusionen wecken; illegale und klandestine Aktionen müssen entweder unmittelbar aufklärend sein oder Möglichkeiten der öffentlichen Rechtfertigung offenlassen. Nur dann können eventuell geschnappte Genossen die folgende Repression gegen die herrschende Klasse selbst richten. Dieses Realitätsbewußtsein kann nur in zentralen Diskussionen ausgebildet werden; nur so kann wenigstens zum Teil vermieden werden, daß Institute, die man am Dienstag besetzen will, von irgend jemand in der Nacht zum Dienstag in die Luft gesprengt werden.

Antiautoritäre Aktionen

Um diese Schwierigkeiten in Angriff nehmen zu können, rückte das Heidelberger Papier vor allem zwei Gesichtspunkte in den Vordergrund: unabhängig von unseren aktuellen Möglichkeiten muß sich unsere Strategie schon jetzt von der Notwendigkeit der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung herleiten; wir müsunsere objektive Avantgardefunktion bewußt wahrnehmen und daraus die organisatorischen und individuellen Konsequenzen ziehen, weil sie sonst niemand ziehen wird. Wie sehr sich die historisch und soziologisch bedingte Differenz zwischen Avantgarde (und sei diese selbst an vielen Orten nicht mit dem SDS identisch) und Studentenbewegung, zwischen objektiven Notwendigkeiten und borniertem Bewußtsein (und vor allem begrenzter praktischer Konsequenz) vieler mobilisierter Studenten (auch Genossen) verdrängt worden ist, zeigt das groteske Mißverständnis, dem der Slogan „Die antiautoritäre Phase muß liquidiert werden" ausgesetzt war, obwohl doch Reiche/Gäng schon Anfang 1967 Artikel „Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik" überschrieben hatten und die Notwendigkeit der Überwindung des bloß antiautoritären Bewußtseins schon seit Jahren propagiert wird. Selbst wenn in dem SDS-info-Artikel Fritz Kramers nicht genau unterschieden worden wäre zwischen organisatorischen Notwendigkeiten der Avantgarde und den Mobilisierungsstrategien dieser Avantgarde, selbst wenn nicht jedem einleuchtet, daß die Überwindung einer bestimmten Phase nicht die Vernichtung von deren Inhalten bedeutet, und erst recht nicht von deren Träger, so ist es doch geradezu komisch, wenn auch leicht erklärbar, wenn sich einige Frankfurter Genossen durch diesen Slogan persönlich bedroht fühlten. Gar mancher hat nämlich seine antiautoritären Gefühle ausschließlich im SDS ausgelebt oder in irgendwelchen Schlupfwinkeln, die ad hoc zu „befreiten Gebieten" erklärt wurden, um dort den Haschgenuß als politischen Akt zu zelebrieren, so daß er schon von daher jede organisatorische Verbindlichkeit gern mit „Stalinismus" verwechseln würde. Niemand dachte daran, daß die Sprengung von beschissenen Vorlesungen und der kollektive Boykott von Prüfungen länger keinen Platz haben sollten in der Taktik des SDS, nur meinen wir, daß auch solche Aktionen besser bei klarem Kopf und unter Abwägung der agitatorischen Konsequenzen vorbereitet und durchgeführt werden sollten. Antiautoritäre Aktionen lassen sich unter den Bedingungen verschärfter Repression am allerwenigsten von solchen Genossen durchführen, die ihre Aufmüpfigkeit vor allem im „befreiten Gebiet" (über die Mißlichkeit der Übertragung dieses Terminus aus dem bewaffneten Volkskrieg auf die bescheidenen Erfolge unserer seitherigen Politik ist wohl kein Wort zu verlieren) erprobten, indem sie die „theoretischen Autoritäten" für Angehörige der herrschenden Klasse hielten — es sei denn als Akt individueller Selbstopferung. Antiautoritäre

Melzer

Materialien zur Revolution
In Reden, Aufsätzen und Briefen von Fidel Castro, Che Guevara und Régis Debray
264 Seiten, engl. Broschur, DM 8,80

Burn Baby Burn
Die schwarze Revolte
Herausgegeben von Edward Reavies
320 Seiten, Paperback, DM 16,—

Ronald Steel
Pax Americana
Weltreich des Kalten Krieges
384 Seiten, Leinen, DM 22,—

William Woods
Polen — Phönix im Osten
ca. 320 Seiten, Leinen, DM 20,—

La Chienlit
Dokumente zur französischen Mai-Revolution
Herausgegeben im Auftrag eines Komitees der Bewegung des 22. März von Jean-Jacques Lebel, Jean-Louis Brau, Philippe Merlhès
ca. 340 Seiten, zahlreiche Fotos und Dokumente, Paperback, DM 12,—

Anarchismus
Theorie — Kritik — Utopie
Materialien zur Revolution 2
Hrsgb. Achim v. Borries und Ingeborg Brandies
ca. 260 Seiten, engl. brosch., ca. DM 12,—

Arrabal,
Riten und Feste der Konfusion
Aus dem Französischen v. Peter Ladiges
ca. 204 Seiten,
10 ganzseitige Reproduktionen, Leinen, DM 20,—

Leroi Jones
Aus dem Amerikanischen v. Harry Maor

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn

www.frankfurt-uni68.de

bildung entspricht. Während die Auseinandersetzung zwischen „antiautoritärer" Mehrheit und Traditionalisten sich inhaltlich genau bestimmen ließ und lediglich durch diese inhaltlichen Kriterien zu einer Auseinandersetzung mit bestimmten Gruppen führte, die sich im Zuge der Auseinandersetzung spalteten (Köln, München), sind beim jetzigen Differenzierungsprozeß innerhalb des antiautoritären Lagers offensichtlich die spezifischen Erfahrungen der Gruppen konstitutiv, was bei Auseinandersetzungen auf Verbandsebene zu einer Ausschaltung gruppeninterner Differenzen führt zugunsten eines gemeinsamen Auftretens innerhalb des Verbandes; eine Erscheinung, deren

verstärken die organisatorische Partikularisierung. Politik an der Hochschule wird zur bloßen Addition von Fachstrategien. Die ursprüngliche organisatorische Begründung der Dezentralisierung wird verdrängt, die Dezentralisierung bekommt einen organisationsfeindlichen Aspekt. Statt entwicklungsgläubig darauf zu hoffen, daß diese Tendenzen von selbst absterben, müssen sie schon jetzt, notfalls von außen, bekämpft werden, indem einerseits aus den politischen Notwendigkeiten einer Überwindung des universitären Rahmens die Kriterien für die politische Arbeit bestimmt werden und andererseits Organisationsformen gefunden werden (und sei es zunächst nur in der Form von zentralen Kam-

Realitätsbewußtsein

Die zunehmende Repression durch Präventivmaßnahmen der Staatsmacht und durch Legalisierung von Disziplinierungsmaßnahmen könnte leicht zur Verstärkung dieser autistischen Tendenzen führen, die reaktiven Momente der Studentenbewegung könnten in Passivität umschlagen, und die Erfahrung von Niederlagen könnte zur Rationalisierung der Lethargie werden, wenn es uns nicht gelingt, ein neues Realitätsbewußtsein zu entwickeln, das unsere Aktionen durch die Möglichkeiten der Verbreiterung der Basis, d. h. durch die Legitimations- und Agitationsmöglichkeiten, bestimmt. Nur so können wir die technischen

Aktionen selbst auf die Ebene durchführen lassen, wenn wir uns verbindlicher organisieren und einigermaßen die gesellschaftliche Relevanz unserer Aktionen in einer langfristigen Strategie bestimmen können. Nur dann mag auch jenes opportunistische Moment der Strategie der „revolutionären Berufspraxis" übernommen werden, ohne daß ihr Stellenwert im Klassenkampf reflektiert wird (vgl. dagegen Lefèvre, Was lehrt uns der Streik, Fu-Spiegel und SDS-info 7/8), wie das partiell schon beim Institutsgruppenkonzept der Fall war. Arnhelm Neusüss hat inzwischen diese Beschränkung auf die Hoch-

Fortsetzung Seite 7

280 Seiten, Leinen, DM 22,—

Ausweg in den Haß

Vom Liberalismus zur Black Power

Frühjahr 69

provokativ

Die Auferstehung der Gewalt
Springerblockade und politische Reaktion in der Bundesrepublik
Herausgegeben von Heinz Großmann und Oskar Negt
188 Seiten, kartoniert 5,— DM

Die Linke antwortet Jürgen Habermas
2. Auflage 1969, 204 Seiten, kartoniert, 7,— DM

Universität und Widerstand
Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt
Herausgegeben von Detlev Claussen und Regine Dermitzel
198 Seiten, kartoniert, 5,— DM

Johannes Agnoli / Peter Brückner
Die Transformation der Demokratie
5. Auflage 1969, 198 Seiten
Snolin-Broschur 12,— DM, Leinen 19,— DM

A. Glucksmann, A. Gorz, E. Mandel, J.-M. Vincent
Revolution Frankreich 1968
Ergebnisse und Perspektiven
176 Seiten, kartoniert, 9,— DM

Ernest Mandel
Die deutsche Wirtschaftskrise
Lehren der Rezession 1966/67
56 Seiten, kartoniert, 3,— DM

Kapitalismus und Pressefreiheit
Am Beispiel Springer
Herausgegeben im Auftrage des Republikanischen Clubs Berlin, von Peter Brokmeier
196 Seiten, kartoniert, 9,— DM

Kurt Johannson
Vom Starfighter zum Phantom
112 Seiten, kartoniert 7,— DM

Psychoanalyse
Zum 60. Geburtstag von Alexander Mitscherlisch
Kritische Beiträge von Peter Brückner, Werner Kriesel, Thomas Leithäuser
111 Seiten, kartoniert, 7,— DM

Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt/Main 70 • Postfach 270

Paul Levi
Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie
Aufsätze und Reden
Herausgegeben von Charlotte Beradt
344 Seiten, kartoniert 18,— DM, Leinen 25,— DM
Politische Texte

Karl Marx / Friedrich Engels
Pressefreiheit und Zensur
Herausgegeben und eingeleitet von Iring Fetscher
238 Seiten, kartoniert 15,— DM, Leinen 22,— DM
Politische Texte

Joachim Bergmann
Die Theorie des sozialen System von Talcott Parsons
Eine kritische Analyse
Mit einer Vorrede von Theodor W. Adorno und Ludwig von Friedeburg
254 Seiten, kartoniert 24,— DM, Leinen 30,— DM
Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 20

Ernest Mandel
Die EWG und die Konkurrenz Europa — Amerika
Eine Antwort auf Servan-Schreibers „Amerikanische Herausforderung"
113 Seiten, Snolin-Broschur, 5,80 DM

Bildungspolitische Probleme in psychologischer Sicht
Herausgegeben und eingeleitet von Kurt Aurin
ca. 224 Seiten, kartoniert, ca. 25,— DM
Politische Psychologie, Band 7

Der Gründungsparteitag der KPD
Protokoll und Materialien
Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber
352 Seiten, kartoniert 15,— DM, Leinen 22,— DM
Politische Texte

Rudolf Hilferding
Das Finanzkapital
Eingeleitet von Eduard März
516 Seiten, Snolin-Broschur 29,— DM, Leinen 38,— DM
Politische Ökonomie — Geschichte und Kritik

Talcott Parsons
Sozialstruktur und Persönlichkeit
Aus dem Amerikanischen von Manfred Clemenz
449 Seiten, kartoniert 24,— DM, Leinen 36,— DM

Ernest Mandel
Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx (1843 — 1863)
Aus dem Französischen von Gisela Mandel
226 Seiten, Snolin-Broschur 12,— DM, Leinen 18,— DM
Politische Ökonomie — Geschichte und Kritik

Politische Psychologie als Aufgabe unserer Zeit
Mit Beiträgen von Kurt Aurin, Walter Jacobsen u. a.
Mit einem Geleitwort von Wolfgang Metzger
108 Seiten, Lexikonformat, kartoniert, 16,— DM
Politische Psychologie, Band 1

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Arbeitsgruppen im aktiven

Emanzipation unter politischem und wissenschaftlichem Leistungsdruck

Der Streik des letzten Semesters entwickelte gegen den traditionellen Lehrbetrieb Vorstellungen und Praxis einer wissenschaftlichen Arbeit, die kollektiv und politisch relevant organisiert sein sollte. Es hat nicht mehr viel Sinn, nur diese Konzepte zu referieren, deren Kristallisierung in den Schlagworten „kollektives Lernen" und „Selbstorganisation" (vgl. Aufsatz in der nk 53) jeder kennt. Worauf es ankommt, ist über die weitertreibenden Pläne hinaus die widersprüchlichen Strukturen der Organisationswirklichkeit herauszuarbeiten. Die Arbeitsgruppen haben sich innerhalb von objektiven Widersprüchen organisiert, die sich bis in die Subjekte selbst fortsetzen (etwa dem Widerspruch zwischen wissenschaftlicher und politischer Arbeit, hinter dem das Problem der Vermittlung von Berufspraxis und revolutionärer Arbeit steht). Wie die Wirklichkeit der universitären Arbeitsorganisation und die Wirklichkeit der politischen Organisation die Arbeitsgruppen vor objektive Probleme stellten, an denen sie meistens scheiterten, teilweise aber auch zu Formen politisch verbindlicher wissenschaftlicher Arbeit finden, versucht der Artikel zu zeigen. Wir können nur bruchstückhaft diese Zusammenhänge aufzeigen und die Gesamtheit der Erfahrungen organisieren: Der Gefahr vorschneller Interpretation konnten wir nicht entgehen. Wir haben darauf verzichtet, den politischen Zusammenhang darzustellen, in dem die AGs sich entwickelt haben, und haben es ebenfalls unterlassen, strategische Schlußfolgerungen aus der Arbeit der AGs zu ziehen. Unser Ziel war, einige Bedingungen unserer politischen Arbeit aufzuzeigen, damit überhaupt fachspezifische Politisierungsstrategien ausgearbeitet werden können. Wir erwarten, daß die notwendige Kritik an diesem Artikel diese Bezüge wiederherstellt.

Arbeitsgruppen und politischer Kampf

Da die Arbeitsgruppen im Streik als ein Versuch entstanden sind, kollektiv neue Bedingungen und Inhalte wissenschaftlicher Arbeit zu formulieren, waren sie auf die Aufrechterhaltung des Streiks angewiesen. Einerseits hatten sie die Aufgabe, die Sprengung des Lehrbetriebs zu organisieren, für die Institutionalisierung ihrer Arbeit und für einen autonomen Bereich zu kämpfen, mit einem Wort, den Streik gegen Ordinarien, Polizei und apathische Studenten zu organisieren. Andererseits aber sollten sie vom Leistungs- und Konkurrenzdruck befreite Lernformen entwickeln und eine Erfahrungsbasis solidarischer, politisch-vermittelter wissenschaftlicher Arbeit herstellen. Diese Doppelfunktion konnte offenbar nicht gleichzeitig erfüllt werden.

Selbstverteidigung

Die inhaltliche Arbeit der AGs wurde immer wieder durch äußere Ereignisse unterbrochen. So scheiterte eine kontinuierliche Arbeit des Plenums „Sozialisation" eben auch daran, daß man geschlossen eine Vorlesung sprengen ging. Teach-ins, Vollversammlungen und Plenen drängten sich zusammen, auf denen die AGs als Kollektive ihre Vorstellungen hätten vertreten müssen. Dazu waren sie aber meistens noch gar nicht imstande, weil sie noch keine gemeinsamen, artikulierbaren Erfahrungen gemacht hatten. Schon deshalb gab es eine Rückzugstendenz der AGs. Deutlich zeigte sich die Abhängigkeit der AGs vom politischen Kampf bei der Besetzung des Spartakusinstituts durch die Polizei. Das Institut hatte die Arbeit koordiniert und zusammengefaßt. Als der Freiraum wegfiel, fielen auch AGs auseinander. Eine objektive Notwendigkeit verlangte, daß die AGs sich an den Strategiediskussionen beteiligten. Wenn es aber Strategiediskussionen während der Sitzungen gab, war die inhaltliche Arbeit unterbrochen. Terminüberschneidungen zwangen ebenfalls zu der Alternative, an den Strategiediskussionen teilzunehmen oder an inhaltlicher Arbeit weiterzumachen. Hatte schon der politische Leistungsdruck hemmende Folgen für die Emanzipation der AG-Teilnehmer, erst recht aber der Leistungsdruck der Universität.

Wissenschaftliche Leistung

Der Streik konnte nicht ohne weiteres Erfolgschancen angeben. Die Forderungen nach Aussetzung der Prüfungen, nach Vergabe von Scheinen konnten gegen die Ordinarien nicht durchgesetzt werden. Die verschärften den Druck noch, indem sie mit der Nichtanerkennung des Semesters drohten, die AGs für illegal erklärten und den aktiven Boykott des Lehrbetriebs unter scharfe Sanktionen stellten. Die dadurch erzeugte Angst brachte wieder jenen Leistungszwang hervor, der Emanzipation verhindert und ohnmächtige Unterwerfung unter die „Standards" der professoralen Wissenschaftsriesen stützt. Zum anderen wurde die Identifikation mit den AGs dadurch erschüttert. Sie bröckelten ab. Der verschärfte Kampf gegen die Ordinarien hatte ferner zur Folge, daß die Studenten entweder sich in blinder Aggressivität gegen sie wandten, unfähig, noch weiterhin Lernprozesse autonom zu organisieren, oder sich völlig von der Uni abwandten oder aber versuchten, sich mit den Ordinarien gütlich zu einigen.

Die Intention der AGs, subjektive Bedürfnisse und Interessen zu entfalten und von daher politische und wissenschaftliche Arbeit neu zu bestimmen, scheiterten zu einem relevanten Teil daran, daß die AGs Teil des politischen Kampfes waren. Das heißt, die Situation, die die AGs geschaffen hatte, legte ihr gleichzeitig die größten Hindernisse in den Weg.

Viele Arbeitsgruppen, die dem doppelten Druck der politischen Selbstverteidigung und dem Druck des Studienbetriebs entgehen wollten, um kollektive Lernprozesse zu organisieren, entzogen sich als Gruppe diesen Anforderungen, indem sie sich auf sich selbst zurückzogen. Ihre einzelnen Teilnehmer nahmen nach wie vor an den politischen Aktionen und Diskussionen teil, als Gruppe jedoch schien es ihnen zunächst einmal notwendig, sich ohne permanente Unterbrechung durch die Notwendigkeit des politischen Kampfes zu organisieren. Diese „Privatisierung" ist das Produkt einer Kampfsituation, in der vor allem jüngere Studenten sich kaum aktiv an den Strategiediskussionen beteiligen konnten und sich in der Einschätzung der Situation und der organisatorischen Notwendigkeiten in einer großen Verhaltensunsicherheit befanden. Der Bruch zwischen emanzipatorischen Bildungsprozessen und politischem Kampf wurde von ihnen nach einer Seite aufgelöst, bei der ihre politischen Möglichkeiten als Gruppe noch offengelassen wurde. Eine andere Lösung dieses Konfliktes bot sich in den außeruniversitär orientierten Projektgruppen an, die Orientierungen an der Hochschule aufgegeben haben.

Wir wollen uns in diesem Artikel auf die Arbeit der AGs an der Hochschule beschränken. Dazu ist es notwendig, die durch den traditionellen Lehrbetrieb gestützten psychischen Strukturen zu analysieren und gleichzeitig einige Emanzipationsprobleme innerhalb der Studentenrevolte, um die realen organisatorischen Probleme der Arbeitskreise und ihre objektive psychische Basis benennen zu können. Das soll in den folgenden zwei Abschnitten geschehen.

Bevor wir einige Gruppenprozesse untersuchen, wollen wir kurz darauf eingehen, was viele Studenten gehindert hat, sich überhaupt dem Streik und damit den Ansätzen der Selbstorganisation anzuschließen. Die Widerstände gegen Selbstorganisation sind jedoch nur die extremen Manifestationen autoritärer Strukturen, die in den AGs selbst auftauchten, wenn auch weniger konzentriert.

Widerstände gegen den Streik

Die Streikbewegung beschränkte sich über die AfE hinaus auf einige Institute in der Philosophischen und in der Naturwissenschaftlichen Fakultät, aber auch in diesen Bereichen arbeiteten längst nicht alle Studenten in AGs mit. Die Gründe für die unterschiedliche Streikbeteiligung liegen vor allem in den Studienbedingungen. Die rigiden Leistungsanforderungen bei den Medizinern, Wirtschaftswissenschaftlern, Juristen lassen kaum Freiheitsspielräume zu, in denen sich Erfahrungen gegen den Lehrbetrieb festigen können, andererseits sind die wissenschaftlichen Inhalte der drei Fakultäten gegen die politische und gesellschaftliche Funktion positivistisch abgesichert. Die Streikbewegung nahm deshalb ihren Ausgang vor allem von den Wissenschaften, in deren Selbstverständnis die gesellschaftlichen Bezüge der Wissenschaft von vornherein eingehen. (Die AfE gehört tendenziell auch dazu.)

Das Studium der meisten Studenten ist berufs- und karriereorientiert. Infolgedessen gehen viele Studenten mit einer technischen Einstellung ins Studium: Es wird als Durchgangsstadium angesehen, deswegen nimmt man auch irrationale Leistungsanforderungen und unsinnige Konkurrenz in Kauf, um sich Berufschancen zu erhalten oder zu erwerben. Diese technische Einstellung stand dem Streik, der mit ihr brechen wollte, im Wege. Da die Stabilität vieler Studenten an diesen Fakultäten an Leistungs- und Berufsorientierungen gebunden ist, fassen sie Angriffe auf den bestehenden Lehrbetrieb als Angriffe auf ihre Existenzsicherheit auf.

Zu Beginn des Streiks nahmen viele Studenten die Gelegenheit beim Schopf, den Beginn der Weihnachtsferien vorzuverlegen, und reisten ab, andere zogen sich zurück und lernten vor sich hin. Beide Reaktionsformen sind von erheblichem politischem Gewicht. Besonders die erste ist eine entpolitisierte Opposition gegen den Lehrbetrieb. Die Studenten leiden unter dem harten Druck des Betriebs, den sie als Zwang begreifen, sind sich aber der Möglichkeit selbsttätiger, solidarischer Arbeit noch nicht bewußt. Nach den Weihnachtsferien wurde ihre Angst immer größer, ein Semester zu verlieren, und die setzte sich in sprachloser Aggressivität für eine Beendigung des Streiks ein. (Siehe AfE-Vollversammlung oder WISO-Versammlungen.) Die vom Leistungsbetrieb Hochschule erzwungene Identifikation mit der von diesen Studenten selbst als unbefriedigend empfundenen Arbeit setzte sich durch.

Obwohl die politischen und psychologischen Voraussetzungen für den aktiven Streik an diesen Fakultäten nicht so günstig waren, gerieten auch diese Strukturen durch den Streik in Bewegung. Arbeitsgruppen, die sich aus der politischen Arbeit der Fachschaft oder der Basisgruppen heraus bildeten, waren aber hier in weit größerem Ausmaß als an der Philosophischen Fakultät an leistungsorientierte Wissensakkumulation gebunden und damit an die ihr entsprechenden autoritären Organisationsformen.

Sozialpsychologische Strukturen

... in der Universität

Die bestehende Universität setzt viel daran, den Studenten die Kindheit zu verlängern und ihre infantilen Bindungen zu stärken. Die Professoren werden bewußt oder unbewußt

können usw. Das Gefühl, daß man selber schuld sei, wenn man noch nichts gelernt habe, kann einen Leseaktivismus in Gang setzen, die Wünsche, viele Bücher zu besitzen (und zu

mitmachten und nachvollzogen, was ihnen vorgesetzt wurde. Zwar wuren Erfahrungen gemacht, die emanzipative Bildungsprozesse in Gang setzten, die Erfahrung von Repression, von Solidarität usw., aber nur wenig Möglichkeiten, sie auch in kollektive, kontinuierliche Praxis umzusetzen. Diese abstrakte Mobilisierung war mit einem Ohnmachtsgefühl verbunden, weil sich die Mobilisierten Anforderun-

Gruppenprozesse

Im folgenden müssen wir nun untersuchen, wie die objektiven Widersprüche, in denen die AGs arbeiten mußten, sich in ihrer Arbeit selbst produzierten und zugleich Formen der Vermittlung angezogen wurden. Das Postulat

selbst zu organisieren. Und leicht produzierten sie selbst wieder die repressiven Strukturen, denen sie gerade entflohen waren. Das alles gilt nicht nur für die politische Aktivität im SDS, sondern auch mehr oder weniger für die Organisationsstrukturen aller politisch arbeitenden radikalen Gruppen. Es besteht also die objektive Aufgabe, Organisationsformen innerhalb der Bewegung einzurichten, in denen die Bedingungen für kontinuierliche massenhafte Emanzipationsprozesse erst geschaffen werden können.

Das ist nur möglich, indem Formen der Praxis entwickelt werden, die an den Interessen und Widersprüchen der Mobilisierten anknüpften und ihnen die Möglichkeit zu selbstbestimmter Praxis geben. In diesem Zusammenhang sind die Arbeitsgruppen zu sehen, die während des Streiks aus dem Boden schossen.

Sowohl der traditionelle Lehrbetrieb als auch auf einer höheren Ebene die Studentenbewegung reproduzierten Vereinzelung, wenn auch die Studentenbewegung natürlich, weil sie sich gegen die traditionelle Uni organisiert, die Chancen der Emanzipation auf ihrer Seite hat. Mit den Arbeitsgruppen bestand die Chance, sowohl die passiven Bindungen an den Lehrbetrieb als auch an die linke Avantgarde aufzukündigen und mit der Möglichkeit, eigene Erfahrungen selbst zu regulieren und zu diskutieren, Selbstbewußtsein als die Vorbedingung einer vernünftigen politischen Praxis zu erzeugen.

Wir können nur sehr unsystematisch und in vielen Punkten oberflächlich typische Gruppenvorgänge analysieren. Das hängt damit zusammen, daß wir in keinem Kommunikations-

archiviert von Rechtsanwalt H. Heinn www.frankfurt-uni68.de

als Vater erlebt, sie sind freilich übermächtiger und bedrohlicher als die eigenen Väter, weil sie den Charakter von sachlichen Instanzen tragen. Die Ohnmacht der Studenten gegen die Professoren erneuert und verstärkt alte Autoritätsängste um so mehr, als in dieser Situation die libidinösen Bedürfnisse der Abhängigen wegen der Objektivität der Professoren nicht befriedigt werden können.

Der Professor reproduziert infantile Angst, indem er gleichzeitig die Studenten mit der „Milch der Wissenschaft" füttert (alma mater als Bezeichnung der Universität heißt nährende Mutter) und andererseits über die Prüfungsgewalt nachkontrollieren kann, ob der Student auch alles „gefressen" hat. Der Widerspruch, der dadurch produziert wird, besteht darin, daß die Studenten Leistungen erbringen müssen (Erinnern, Verstehen, Produzieren, Sprechen, Schreiben usw.), die sie im Grunde in ihrer infantilen Abhängigkeit von den Professoren gar nicht selbst einüben können. Die Selbständigkeit, die die Universität von den Studenten verlangt, verhindert sie gerade. Die Arbeitsbeziehungen an der Universität sind nicht allein die rein sachlichen über die Verarbeitung wissenschaftlicher Inhalte vermittelten Beziehungen, als die sie den potenten Literaturlistenverteilern erscheinen. Hinter der „wissenschaftlichen Arbeit" verbirgt sich ein Geflecht von verdrängter Angst, Aggression, libidinösen Wünschen, von Narzißmus und autoritärer Konkurrenz, das die befriedigende Aneignung und Verwertung der wissenschaftlichen Inhalte ver- oder zumindest behindert. Wissenschaftliche Produktion, sei es in der Form des Sprechens, Schreibens oder Lesens, ist mit Angst besetzt, den Leistungsnormen, die die Prof's setzen, nicht genügen zu können, der Konkurrenz auch unter den Studenten selbst nicht gewachsen zu sein. Die Angst ist die Angst vor der Strafe, die der Unwissenheit auf dem Fuße folgen kann, nämlich in den Prüfungssituationen zu versagen.

Die Aggressivität, die notwendig gegen die versagenden Instanzen entsteht, wird wegen deren Übermacht verdrängt und verwandelt sich in Schuldgefühle, nicht genug gelesen zu haben, nichts zu wissen, nichts behalten zu können. Das verinnerlichte Leistungsbewußtsein verhindert kollektives Arbeiten schon deshalb, weil es diejenigen, die es aktiv befriedigen können, in der Produktion vereinzelt. Sie gewinnen ihr Selbstbewußtsein dadurch, daß sie andere nicht zum Sprechen kommen lassen, froh, selbst sprechen zu können. Bei denen, die ihr Leistungsbewußtsein nicht in Aktivität umsetzen können, werden die Schuldgefühle, selbst nichts zu leisten, noch verstärkt, wenn sie ihre Kommilitonen reden hören.

Die Schuldgefühle zwingen sie dazu, die Situationen zu vermeiden, in denen sie nach ihrer Meinung zeigen müßten, was sie gelernt haben, nämlich zu sprechen und Initiative zu entfalten, die öffentlich sichtbar ist und damit auch öffentlich kritisiert werden kann. Hinter der Angst vor dem Sprechen steckt die Angst, für schlechte Leistungen bestraft zu werden. Diejenigen, die sprechen können, haben diese Angst nicht verloren. Sie können sie nur durch die Aggressivität überwinden, mit der sie zeigen, daß sie besser sind. Gerade bei sozialistischen Studenten, ob SDS o. a., hat sich ein aggressives Konkurrenzbewußtsein durchgesetzt, und damit auch eine Identifikation mit den Momenten an den Professoren, die ihre Privilegien kennzeichnen: Über Literaturkenntnisse zu verfügen, artikuliert und in ganzen Sätzen sprechen zu können und Entscheidungen über Inhalt und Vorgehensweise der wissenschaftlichen Arbeit fällen zu können. Der Verlust an Kommunikation, der dadurch produziert wird, beruht auf dem Verbot, sich untereinander zu identifizieren. Die Identifikation auch der fortgeschrittensten Studenten mit den Professoren setzt sie einander entgegen. Die Isolierung der Studenten untereinander und ihre Abhängigkeit von den Professoren wird dadurch gestärkt, daß sie die Wissenschaft nicht auf politische Praxis beziehen und sie nicht aus ihr entwickeln können. Der Erfahrungsverlust, der damit einhergeht, macht es den Studenten schwer, eigene Kategorien gegen die der überkommenen Wissenschaft zu bilden und ihre Interessen in praktisch-politischer Arbeit zu strukturieren. Dieser Praxisverlust fesselt die Studenten um so mehr an die Theorien der Professoren.

. . . in der politischen Bewegung

Seit etwa einem Dreivierteljahr stellt sich das Problem der antiautoritären Revolte auch innerhalb der Studentenbewegung. Den Ausgangspunkt nahm sie von der Revolte der SDSlerinnen gegen das bürgerlich-repressive Sexualverhalten der Genossen. Sie entzogen sich dem abstrakten Organisationsrahmen des SDS, der sie vereinzelt den Ansprüchen der radikalen Führungsgruppe entgegenstellte, indem sie sich einen eigenorganisatorischen Zusammenhang schufen, indem sie ihre Emanzipationsprobleme diskutieren konnten.

Die Genossinnen waren auch die ersten, die sich gegen die alten Autoritäten zur Wehr setzten, weil sie im Verband über die „normalen" Repressionen hinaus, politischer und sexueller Diskriminierung ausgesetzt sind. Welche Probleme ergeben sich für diejenigen, die sich nicht in der politischen Führungsgruppe reproduzieren können, die die Entscheidung fällt, die Strategiediskussionen und die Interpretationen monopolisiert, ohne Situationen herzustellen, das zu überwinden?

Lange Zeit war der Organisationsrahmen, in dem die Mobilisierung der Studenten stattfand, gegenüber ihren Aktivitätsbedürfnissen und Möglichkeiten abstrakt. Politische Aktivität bestand für die meisten in unverantwortlicher Teilnahme an Demonstrationen, Teach-ins, Versammlungen usw., wo sie zuhörten, gen zu politischer Aktivität ausgesetzt sahen, die sie, weil sie sie nicht überblicken konnten, auch nicht selbstbewußt verarbeiten konnten. Das Gefühl der Machtlosigkeit und Unsicherheit forderte und stabilisierte autoritäre Entscheidungen und Strukturen, in denen die eigenen Interessen an die Repräsentation durch Sprecher abgegeben wurden. Diese schützten die Mobilisierten vor dem Legitimationsdruck, handelten auch stellvertretend und entlasteten durch exemplarische Aggressivität die Mobilisierten von ihrer Angst, sich in den Kampfsituationen nicht adäquat verhalten zu können. Aggressivität gegen die Sprecher wurde so lange unterdrückt, wie sie in den Aktionsphasen noch stellvertretend handeln konnten. Erst in der Phase nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze, als eine Entlastung vom Aktionsdruck Diskussionen über die Reorganisation der organisatorischen Strukturen der Bewegung selbst erlaubte, stellten die infantil an die Führer Gebundenen diese Situation in Frage. Als Vermittlungselement zwischen der abstrakten Beziehung von Führer und Masse wurden die inneruniversitären Basisgruppen gegründet, die Anfänge der Selbstorganisation darstellten. Das Problem, wie die Mobilisierten organisatorisch gefestigt werden konnten, löste sich damit noch nicht, da die zentralistische Entscheidungsstruktur noch fortbestand. In diesem Widerspruch zwischen den Emanzipationsbedürfnissen der Mobilisierten und der faktischen Zentralisierung aller Elemente der Emanzipation bei den Führungsgruppen, wurden häufig die Elemente von Selbstbewußtsein wieder aufgehoben, die sich in Aktionen oder in den schwachen Ansätzen zu politischer Praxis bei den Mobilisierten herausgebildet hatten.

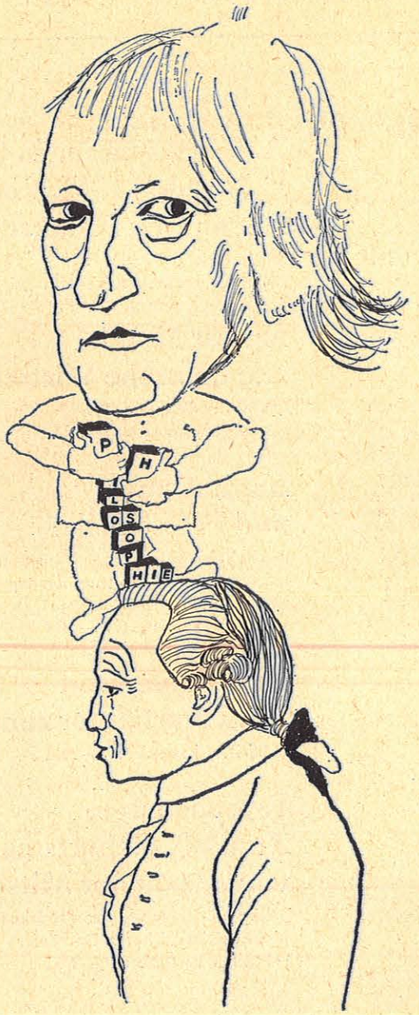
So wurden Lernprozesse unterbrochen, Identifikationen und Arbeitsmotivationen erschüttert, die in vielen Fällen zum Rückzug aus dem politischen Kampf und in noch mehr Fällen zu Barrieren führten, die eine aktive Mobilisierung gar nicht erst gestatten. Die Schwäche der auf diese Weise entpolitisierten Studenten bestand nun darin, daß sie sich selbst Vorwürfe machten, politisch nichts zu leisten, und nicht die Strukturen angriffen, die ihre Bedürfnisse nicht organisieren konnten. Sie fühlten sich, unter dem Druck ihrer eigenen Über-Ichanforderungen, die politische Aktivität forderten, aus der politischen Bewegung ausgeschlossen, erschienen sich als nicht zugehörig.

Diese widersprüchliche Situation konnte zunächst nur autoritär aufgehoben werden, nicht nur durch eine Unselbständigkeit gegenüber der politischen Avantgarde, sondern auch durch eine Unselbständigkeit gegenüber den Slogans und Situationsdefinitionen, die die Führer argumentativ in den Mobilisierten repräsentierten. (Etwa die Parolen „Vom Protest zum Widerstand oder der Selbstorganisation".) Die Parolen schufen Orientierungspunkte für diejenigen, die zu autonomer Argumentation noch nicht imstande waren.

Ferner bestand für die radikalen Studenten die Notwendigkeit, sich in einer Situation eigener praktischer und theoretischer Unfertigkeit und Unsicherheit elitär mit dem SDS zu identifizieren.

Diejenigen, die schon ein rudimentäres neues Selbstbewußtsein gewinnen konnten, sich aber innerhalb der repressiven Organisationsstrukturen der politischen Bewegung nicht befriedigend erhalten konnten, traten oft den Rückzug ins Studium an, oder sie wählten Organisationsfelder, die mit dem Zentrum der politischen Mobilisation nur in losem Zusammenhang standen, wenn überhaupt. Erst in der Entfernung von den traumatisierenden Strukturen konnten sie lernen, politische Praxis der Einheit von Theorie und Praxis ist nur dann nicht simple repressive Moral, wenn es sich der realen Trennung von Theorie und Praxis und ihrer Ursachen bewußt ist. Die dominierenden Widersprüche waren nun der Widerspruch zwischen wissenschaftlicher und politischer Arbeit und der zwischen der kollektiven Organisationsform des Streiks und individualistischen Daseinsweise vieler Studenten.

Häufig gingen in den Anforderungen zu politischer und wissenschaftlicher Leistung die Probleme emanzipativer Sozialisation unter. (Inwieweit mit Notwendigkeit, kann hier nicht



Die alten Zeiten . . .

geklärt werden.) Auf den Diskussionen und Plenen zeigte sich denn auch deutlich, daß die Studenten zwar noch imstande waren, über den objektiven Sinn der Themenstellungen ihrer AGs Auskunft zu geben, auch über ihren Zusammenhang mit dem politischen Kampf in ihrem Fachbereich, aber nur bruchstückhaft über die sozialen Beziehungen innerhalb der Gruppe berichten konnten und ihre Fähigkeit, Emanzipationsprozesse zu fördern.

die Erfahrungen der AGs ständig zugänglich gewesen wären. Wir können hier nur unseren beschränkten Verarbeitungsstand wiedergeben, hoffen aber, daß sich diese Beschränkungen in der Kritik an diesem Artikel aufheben werden.

Themenwahl

Die erste Entscheidung, die die Gruppenmitglieder treffen mußten, war die Wahl und Formulierung des Themas. Die wenigsten Arbeitsgruppen sind mit dem Ziel gegründet worden, kontinuierliche politische Arbeit außerhalb der Universität zu leisten. Zwar gab es viele Arbeitsgruppen, die sich mit Satzungs- und Prüfungsfragen beschäftigten (etwa an der AfE oder bei den Mathematikern), sie lösten sich aber vielfach auf, wenn sie ein Arbeitsergebnis vorlegen konnten. Im Regelfall dienten die Themen, die gewählt wurden, der Selbstreflexion der gesellschaftlichen Bezüge der Wissenschaft oder der der politischen Bewegung und ihrer Theorie. (Rekonstruktion revolutionärer Theorie, Selbstverständnis der Politologie, Medizinsoziologie usw.)

Autoritäre Strukturen

In den Arbeitsgruppen, die nicht nur von Anfang an nach den Interessen und den Motivationen der Mitglieder fragten — das waren hauptsächlich diejenigen, die nicht Selbstreflexion der Gruppenarbeit betrieben oder politische Arbeitsgebiete suchten, reproduzierten sich auch am deutlichsten die traditionellen Formen der „Wissensvermittlung", zumal sie auch durch die Erwartungen der Teilnehmer selbst abgestützt wurden.

Weil sich hier wissenschaftliche Arbeit wieder nur lose mit der Selbsttätigkeit der Teilnehmer verband und sich gegenseitige Identifikationen schlechter entwickeln konnten, neigten diese Gruppen dazu, zusammenzufallen, wenn die äußeren Stabilisierungen zerbrachen. In solchen Gruppen kam die Themenwahl wie in jedem x-beliebigen Seminar zustande. Eine Autorität oder eine Gruppe von Autoritäten machte detaillierte Vorschläge. Über diese Vorschläge kam kaum eine Diskussion auf. In einer Situation also, wo aus dem wissenschaftlichen Arbeitsprozeß die Professoren verschwunden waren, traten Studenten selbst an ihre Stelle. Die Unfähigkeit zur Selbsttätigkeit reproduzierte sich im Gewande der „Selbstorganisation". Die eingeübten infantilen Fixierungen verschwanden nicht in dem Moment, wo ihre Bezugspunkte verschwanden, sondern sie suchten sich neue Bezugspunkte. Das resultiert daraus, daß der traditionelle Lehrbetrieb für die Unmündigen eine wesentliche Sicherheit bedeutet. Sie wissen, daß andere für sie die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit herstellen und sie mit dem Stoff füttern, zu dem sie eine lose Beziehung haben. Die Angst vor eigener Initiative, in der sie gleichzeitig ein Bedürfnis haben, wird in dem Moment freigesetzt, wo dieser äußere Rahmen zerspringt. Sofern es die Studenten überhaupt in dieser Spannungssituation ausgehalten haben, die mit ungeheueren Frustrationen verbunden ist, und nicht in Ferien gefahren sind oder sich um so verbissener an ihre überkommenen Arbeitsweisen geklammert haben, sondern sich in die Arbeitsgruppen hineinwagten, hatten sie oft das Bedürfnis, sich an den ersten besten Orientierungspunkt zu klammern, der sich ihnen bot.

In denen, die sich überhaupt in Arbeitsgruppen hineinbegaben, war der dominierende Widerspruch: einerseits sich nach Abhängigkeit zu sehnen, andererseits aber sich selbsttätig organisieren zu wollen oder wenigstens zu sehen, wie das möglich ist.

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 281494

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Gruppenprozesse

Die Arbeitsgruppen, die autoritäre Strukturen offen reproduzierten, boten den Studenten zwar Sicherheit, aber waren für sie gleichzeitig enttäuschend, da sie ihnen den mehr oder weniger bewußten Wunsch nach Emanzipation wieder verbauten.

Die Aggressivität gegen die Autorität wurde verdrängt und äußerte sich in der Tendenz, sich nicht mehr mit der Gruppe zu identifizieren und sie zu verlassen. Nicht wenige Gruppen gingen an dieser Enttäuschung bei der ersten besten Gelegenheit zugrunde, die ihnen die Autorität dazu gab. Die mit einem losen Interesse verbundene äußere Abhängigkeit, die die Gruppe zusammenhielt, hatte sich nicht in qualitative Motivationen und Aktivitäten der Gruppenmitglieder selbst umgesetzt. Selbstregulierung war noch nicht an die Stelle von Fremdregulierung getreten.

Bei den Politologen etwa gründete sich eine AG über das Selbstverständnis der Politologie. Gleich am Anfang trat eine Autorität auf, die über dieses Thema schon gearbeitet hatte, legte eine dreiseitige Literaturliste vor und setzte, ohne Widerstand vorzufinden, ihr Programm durch. Diese Widerstandslosigkeit ist nur zu begreifen, wenn man unterstellt, daß die Normen der Teilnehmer die Normen wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit sind. In dieser Dimension gilt dann der am meisten, der auch am meisten Wissen akkumuliert hat. Autoritäre Furcht vor solchen Kapazitäten verhindert es, gegen die Produktionsverhältnisse anzugehen, weil man insgeheim der Meinung ist, man könne noch gar nicht mitreden. Die Arbeitsgruppe der Politologen ist denn auch nach Weihnachten gestorben, obwohl am Anfang ein großes Arbeitsbedürfnis in ihr bestanden hat.

Bei den Mathematikern gab es einen Arbeitskreis über Analytische Philosophie, der sich im Besitz von Krahl befand. Als er im Gefängnis war oder aus anderen Gründen nicht kommen konnte, war er nicht imstande, allein zu tagen. Ein anderer Arbeitskreis bei den Mathematikern („Konstruktive Mathematik") wurde von einem Kommilitonen aus Erlangen geleitet. Er brach in dem Moment zusammen, als dieser wieder nach Erlangen zurückfahren mußte.

Allerdings brachen die Arbeitskreise, die eine solche autoritäre Struktur hatten, nur dann zusammen, wenn die äußeren Zwänge, die sie zusammenhielten, also die Arbeitsanforderungen, die die Autorität stellte, erschüttert wurden. Bei solchen, in denen entweder die Sachautorität mit der Hilfe von Literaturlisten und Referaten die Arbeit langfristig verteilt hatte (wie bei einem Arbeitskreis der Mediziner über Medizinsoziologie, der von einem Soziologieassistenten geleitet wird) oder in denen genügend Leute saßen, die in einer rigiden Arbeitsorientierung Emanzipationsbedürfnisse völlig verdrängt haben, ist die Gefahr des Zusammenbruchs allerdings geringer. In diesen

Streik

fielen, die sie verinnerlicht haben, brachen, wie wir gesehen haben, AGs deshalb zusammen, weil sich ein vergleichbarer starrer Leistungszwang außerhalb des Lehrbetriebs nur sehr viel schwerer herstellen lassen konnte. Zudem, weil der Streik den unbewußten Bedürfnissen nach Aufhebung der Autoritätsstrukturen entgegenkam und sich somit die klassischen Arbeitsweisen nicht so leicht durchsetzen konnten.

Gleichzeitig bestand jedoch die objektive Chance, diesen Erwartungen zum Durchbruch zu verhelfen und damit wissenschaftliches Lernen auf die Basis individueller Motivationen und Interessen zu stellen. Eine neue Form selbstbestimmter Verbindlichkeit konnte sich herstellen. Einen solchen exemplarischen Lernprozeß machte eine Arbeitsgruppe bei den Juristen durch. Am Anfang des Streiks entstanden, traf sich die Gruppe (etwa 25 Teilnehmer) zweimal wöchentlich. Sie fluktuierte stark. In der Unsicherheitssituation, was sie machen sollten, griffen sie schnell den Vorschlag auf, über Sittlichkeitsdelikte zu arbeiten. Damit war das Thema ähnlich zusammenhanglos zu den Bedürfnissen der Teilnehmer und zur allgemeinen politischen Situation an der Hochschule wie jedes x-beliebige Seminar. Im Gegensatz zu den universitären Veranstaltungen fehlte aber hier der Druck, die Arbeit entgegen den Bedürfnissen der Teilnehmer durchzusetzen. Die Folge war, daß über vier Wochen ergebnislos und unbefriedigend weiter über mögliche Themenstellungen diskutiert und ansatzweise über Sittlichkeitsdelikte gearbeitet wurde. Diese Spannungssituation löste sich erst, als eine Assistentin vom Sigmund-Freud-Institut zu der Gruppe stieß und die Frage stellte: Was wollt ihr hier eigentlich? Durch diese Frage wurden Interessen und Motivationen freigesetzt. Deswegen war die Gruppe auch in der Lage, eine neue Entscheidung über das Thema zu fällen (Kriminologie). Der Unterschied zwischen der ersten vorschnellen Annahme des Themenvorschlags und der nach einer ausführlichen Diskussion gefällten Entscheidung liegt nicht nur darin, daß das Thema nun den Bedürfnissen der Gruppenmitglieder angemessener war. In diesem Entscheidungsprozeß hat sich die Struktur der Gruppe selbst geändert. Deutlich sichtbar war dieser Bruch daran, daß nach der Frage nach der Motivation vier Leute wortlos aufstanden, den Raum verließen und an keiner weiteren Sitzung mehr teilnahmen. Wahrscheinlich haben sie diese Frage als einen aggressiven Einbruch in ihre Individualität erlebt und darauf sich der Situation entzogen, wo sie ein Stück davon hätten preisgeben müssen. Die übrigen Gruppenmitglieder entwickelten eine verstärke Kooperation und Kommunikation. Zwar war die AG geschrumpft, der Prozentsatz der aktiv Teilnehmenden lag jedoch viel höher. Erst nach diesem Konflikt, in dem eine Autorität die autoritären Bindungen angegriffen hatte, war die Gruppe fähig, befriedigend zu arbeiten. Die Assistentin wehrte zudem alle Versuche ab, ihr eine Autoritätsposition wiederzuzuschieben, indem sie den Kommunikationsfluß der Gruppe, in den sich auch die weniger Fortgeschrittenen eingeschaltet hatten, niemals durch abschließend formulierte Analysen unterbrach, sondern ihn durch die Formulierung von Fragen weiter offenhielt.

Widerstand gegen kollektives Lernen

Die Frage nach den Interessen und Motivationen der Gruppenteilnehmer bezog sich meist auf ihre Arbeitsinteressen und ihre Lernmotivationen. Wurde diese Frage schon in vielen AGs gar nicht erst gestellt, um wieviel größer mußten die Widerstände dagegen sein, daß Diskussionskomplexe auftauchten, in denen die libidinösen Beziehungen der Gruppenmitglieder untereinander hätten thematisch werden müssen oder sonstige Fragen des sogenannten Intimbereichs. Nicht selten hatten solche libidinösen Spannungen Arbeitshemmungen der ganzen Gruppe zum Resultat, besonders wenn gegen eine Diskussion solcher Beziehungen alle Verdrängungsmechanismen aufgeboten wurden. Entweder blieben solche Beziehungen überhaupt außerhalb des Bewußtseins, etwa sexuelle Wünsche oder homoerotische Bindungen, oder ihre Thematisierung führte zu heftigen Konflikten. Eine AfE-Gruppe über Sexualität und Gesellschaft brach zusammen, als der einzige Student dieser Gruppe von den Studentinnen gefragt wurde, wie es denn bei ihm mit der Aggression beim Sexualverkehr stünde. Er selbst und auch seine Freundin waren nicht fähig, darüber in der Gruppe zu sprechen. Der Vorwurf der Gruppe, sie seien zu wenig emanzipiert, führte zu einer Trotzreaktion: der Student kam nicht mehr in die Gruppe. Eine ähnliche Problematik tauchte, wenn auch in einem anderen Bezugssystem, bei den Soziologen einer Arbeitsgruppe von „Autorität und Kommunikation" auf.

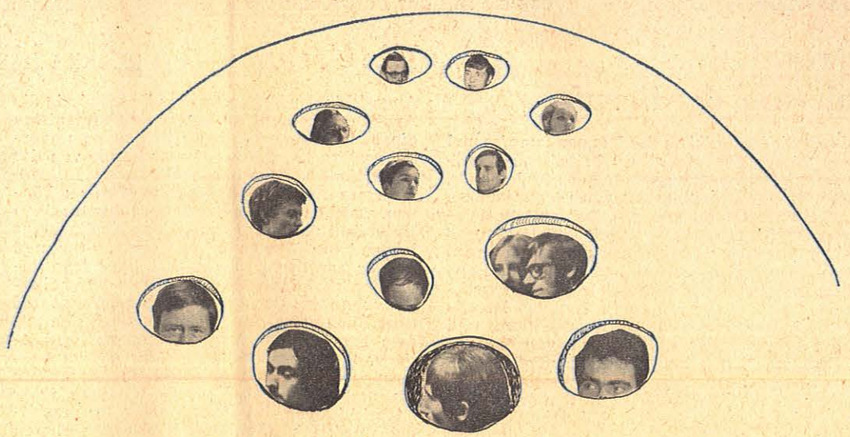
Sie versuchte von Anfang an, eine Situation herzustellen, in der jeder seine Gedanken, seine Fähigkeiten und seine Interessen realisieren konnte. Das Thema (Psychologie der Liberalen) ging aus einer Diskussion über die liberalen Professoren in der ersten Sitzung naturwüchsig hervor. Es entsprang keinem Vorschlag einer Autorität, sondern dem Diskussionsinteresse der Gruppe selber. Die Gruppe orientierte ihre Lernprozesse an einem Aufsatz von Peter Brückner über den Habermas und versuchte, kollektiv zu lesen, kollektiv das Gelesene zu reproduzieren und zu problematisieren. Die Gruppe ging sehr langsam

Feed-back:

Die Verselbständigung der Diskussion über die sozialen Beziehungen innerhalb der Gruppe konnte in vielen Arbeitskreisen beobachtet werden. Das scheint auf ein starkes Bedürfnis der Teilnehmer hinzuweisen, in Erfahrung zu bringen, welche Reaktionen das eigene Verhalten in den anderen Teilnehmern auslöst, das heißt die Diskrepanz zwischen Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung bewußt zu machen. Es mag sein, daß in vielen Fällen dabei im Vordergrund stand zu erfahren, in welchem Maße man von den anderen akzeptiert wurde; dabei spielten überkommene Leistungskriterien noch eine starke Rolle, das heißt Wissen wurde zum Statussymbol. Auf der anderen Seite aber bestand von seiten der Sachautoritäten (zumindest bei manchen) das Bedürfnis, nicht die Rolle eines Leiters zu übernehmen, um die Gruppe nicht in ihrer emanzipatorischen Funktion zu behindern; in der Diskussion wollten sie dann erfahren, inwieweit das ihnen gelungen war oder ob sich — ihnen unbewußt — doch wieder ihre autoritären Züge durchgesetzt hatten, zum Beispiel in Form von (schweigender) Arroganz oder unterschiedlicher Beachtung der Beiträge von anderen Gruppenmitgliedern. Dieses feed-back ist deshalb so wichtig, weil nur so Verhaltensänderungen eingeleitet werden können, die für die Zusammenarbeit der Gruppe wesentlich sind. Nicht in jedem Fall garantiert eine Bewußtmachung der Wirkung des eigenen Verhaltens auf andere auch eine grundsätzliche Verhaltensänderung, die nicht nur Mimikri betreibt, sondern einer Neustrukturierung psychischer Abläufe entspricht. Oft ist das Individuum zu schwach, die Veränderung selbst vorzunehmen, es muß deshalb — wenn es sich um eine Autorität handelt — von der Gruppe gezwungen werden, zumindest die objektive Rolle, die es im Bereich der Kommunikation der Gruppe einnimmt, zu verändern. Das hat in einigen Fällen dazu geführt, daß die Gruppenmitglieder gegen die Autorität Stellung bezogen und sie sogar aus der Gruppe gedrängt haben.

Fehlt

Hier müßte anschließen, welche Folgen die Tätigkeit der AGs für den Lehrbetrieb in diesem Semester haben, was der politische Rückstand ihrer Arbeit ist. Ferner, welche Konsequenzen für eine Hochschulstrategie aus



. . . sind vorüber **Deshalb: Arbeitet kollektiv**

vor und ließ sich mit der Aneignung der wichtigsten Elemente des Artikels Zeit. Daraus begründete sich eine Solidarität, aus der die Gruppe ihren Zusammenhalt speiste. Das Ge-

den AGs entspringen und wie sie sich faktisch realisieren. An diesem Punkt sind wir überfordert. Deshalb endet der Artikel abrupt.

Erfahrungen zu diskutieren versuchten. Diese Diskussionen nahmen wir auf Tonband auf und forderten am Schluß der Diskussionen die Teilnehmer auf, sich an der Auswertung der Diskussion und der Verfertigung des Artikels zu beteiligen.

Unsere Arbeit erwies sich als ungeheuer mühselig. Die Gründe lagen einmal in der Struktur unserer Gruppe selbst, in dem Verhältnis des „diskus" zu den Arbeitsgruppen und in der Bereitschaft und Fähigkeit der Diskussionsteilnehmer, über ihre Arbeitsgruppen zu sprechen.

1) Bei den fünf Leuten, aus denen unsere Gruppe bestand, war zwar das Interesse am Thema sehr groß, aber der Verwertungszusammenhang über den „diskus" und die begriffliche Verarbeitung der Probleme unklar. In dieser Periode der Unsicherheit hatten wir die Tendenz, endlos über immer dasselbe zu diskutieren und gleichzeitig anfallende Arbeit einem „Verantwortlichen" zuzuschieben. Die Unproduktivität und Unverbindlichkeit unserer Arbeit rationalisierten wir auf die alte bürokratische Ausrede der Zeitprobleme herunter. Erst als wir uns von unseren Bemühungen lösten, abstrakt Gruppenprozesse zu analysieren und uns auf die politischen Bedingungen der AGs bezogen, bekamen wir Boden unter die Füße, stieg unsere Identifikation mit der Arbeit.

In den Diskussionen, zu denen wir Teilnehmer von Arbeitsgruppen eingeladen hatten, war es noch schwieriger, Identifikationen mit der Arbeit und damit auch mit dem „diskus" herzustellen, weil wir uns nur jeweils einmal getroffen haben und nicht in einer Kontinuität der Arbeit die bestehenden Widerstände abbauen konnten. Die Widerstände resultieren aus dem abstrakten Verhältnis, das die Arbeitsgruppenteilnehmer zum Arbeitszusammenhang des „diskus" haben. Die zentrale Schwierigkeit, die sich auch an den Versuchen des AStA und der „neuen kritik" sehen läßt, die Verarbeitung der Arbeitsgruppenerfahrungen zu organisieren, besteht darin, daß einerseits bei den Teilnehmern der Arbeitsgruppen ein hohes Interesse besteht, ihre Probleme zu diskutieren, sie aber andererseits nicht recht sehen können, warum sie sie in den zentralisierten Arbeitszusammenhängen des AStA, des „diskus" oder der „nk" diskutieren sollen. In eine Situation, von der sie befürchten mußten, daß ihnen da irgendwelche Instanzen ihre eigenen Erfahrungen wegnehmen und sie für undurchsichtige Zwecke verwenden, haben sie sich entweder erst gar nicht begeben oder sie konnten in ihr keine Motivationen entwickeln, sich an der Verarbeitungsarbeit auf diese Ebene trotz Aufforderung zu beteiligen. Bei der ersten Diskussion entstand schon so eine Art „Vernehmungssituation", wie es später jemand ausdrückte. Wir fragten, die anderen antworteten oder erzählten. Unter solchen Strukturen entwickelten auch die Ausgefragten kein darüber hinausgehendes Interesse.

Die dritte Diskussion ließ unsere Arbeitsweise vollends scheitern. Sie machte unsere Arbeitsweise thematisch, nicht die Erfahrungen der Diskussionsteilnehmer.

Es wurde der Anspruch gestellt, daß die Arbeitsgruppen ihre eigenen Strukturen, ihre Geschichte und ihre politisch vermittelte Arbeit s e l b s t aufarbeiten müßten, aus diesem Grunde ein Artikel sinnlos sei, der diese Arbeit abstrakt im „diskus" leisten wolle. Wir stimmten dem Anspruch zu, meinten aber, gerade durch einen solchen Artikel kollektive Reflexion unterstützen oder sogar anstoßen zu können. Ein wesentliches Argument griff den Zeitpunkt an („nachträglich Erinnerungen wachrufen") und die Abstrahierung von strategischen Zusammenhängen und vom politischen Kampf. Es erschien als wesentlicher die

Archiv der Rechtsanwälte Riehn www.frankfurt-uni68.de

AGs wurden die Studenten nicht verunsichert, es brachen keine offenen Konflikte aus. Der Preis, den solche AGs jedoch zahlen müssen, ist, daß emanzipative Bildungsprozesse auf die Theorie und das Denken beschränkt werden und nicht ihren praktischen Ausdruck in der solidarischen Organisation der Aneignung wissenschaftlicher Inhalte finden. Ihre Themen mögen kritisch sein, ihre Praxis ist es nicht (das gilt zum Beispiel auch für diese Negt-Seminare, in denen professorale SDS-Autoritäten wissenschaftliche Wettkämpfe auf den Köpfen der Anwesenden austragen).

Verarbeitung von Literatur

In den „autoritären" Arbeitskreisen, das heißt in den meisten, wurde Literatur festgelegt, die zu Hause gelesen werden sollte. Während der Gruppensitzungen wurde dann darüber diskutiert oder Fragen geklärt. Dadurch konnte ein relativ großes Pensum geschafft werden. Das trifft für solche Gruppen nicht zu, die sich die Literatur während der Sitzungen erarbeiteten, dagegen konnte aber sofort an kritischen Stellen nachgefragt und diskutiert werden. Durch das sofortige feed-back wurde der Inhalt kritischer überprüft, und die Beteiligung der Gruppe an der Diskussion war engagierter.

Damit ändert sich auch das Verhältnis zur Literatur, das selbst bei kritischen Studenten häufig noch eines der Unterwerfung unter den abstrakten Zwang ist, so und soviel Seiten am Tag zu lesen. Das setzt sich in Konkurrenzangst gegenüber Leuten fort, die schon mehr gelesen haben als man selbst. In den AGs, die kollektiv einen Text lesen, kehrte sich das gängige Verhältnis zur Literatur um. Für sie kam es nicht mehr darauf an, durch Lesen möglichst viel fremde Gedanken speichern und epigonal reproduzieren zu können, sondern beim Lesen möglichst viele eigene Gedanken zu haben. Solche Erfahrungen sind natürlich nur zu gewinnen, wenn man sich eine Zeitlang von den alten Leistungszwängen lösen kann, ein bestimmtes Pensum an Literatur schaffen zu müssen. Eine Untergruppe der AG „Politische Ökonomie" ging radikal davon aus, daß Wissenschaft von den Erfahrungen und den wirklichen Erscheinungen ausgehen müsse. Sie wollten dem Problem der „Überflußgesellschaft" nicht durch die Akkumulation von Theorien, sondern durch die statistische Akkumulation von Verschwendungsphänomenen angehen und dann nach Theorien suchen, mit denen sie diese Erscheinungen erklären könnten. Die erschreckende Fülle von Arbeit, die durch diesen Ansatz auf die AG-Teilnehmer zukam, sprengte sie. An ihrem Allmachtsanspruch konnte die Gruppe nur ohnmächtig zugrunde gehen.

Abbau autoritärer Strukturen

In der Situation des Streiks, in der die starren Arbeitszwänge des Lehrbetriebs für die wegnung besteht, daß die von den Autoritäten geführte Diskussion gut ist und niemals abreißt, wurde in den fortgeschrittenen AGs des Streiks der Anspruch gestellt, daß alle reden sollten. Besonders zu Anfang war die Hauptfrage die, warum die Schweigenden schweigen und welche Bedürfnisse und Interessen die Teilnehmer haben. Darin drückte sich eine, wenn auch ins Formale gewendete Kritik an den Autoritäten aus. Sie sollten von der Zeit, die sie durch ihre Rede besetzen, den anderen etwas abgeben. Mit der Forderung, daß alle reden sollten, wurde freilich verdrängt, daß viele in der Tat nicht unter einem Leistungsdruck reden können. Indem dieser Leistungsdruck, reden zu müssen, an die Schweigenden übermittelt wurde, hielt man sie erst recht in ihrem Schweigen fest. Nach einer AG-Sitzung sagte eine Studentin, daß sie die ganze Zeit über gefürchtet hätte, man würde sie fragen, warum sie geschwiegen habe. Die Schuldgefühle, es immer noch nicht fertiggebracht zu haben, etwas zu sagen, frustrierten sie sehr und erzeugten in ihr die Neigung, überhaupt der Gruppe fernzubleiben.

Ebenso wurde der Anspruch, die eigenen Bedürfnisse zu formulieren, häufig so abstrakt gestellt, daß er gerade eine Situation zur Folge hatte, in denen über sie nicht gesprochen werden konnte. Sicherlich ist der Zusammenhang zwischen der Fundierung einer eigenen Interessenbasis und der Artikulationsfähigkeit richtig erkannt worden. Ebenso richtig ist, daß sich die Interessen nicht naturwüchsig herausbilden, sondern provoziert werden müssen. Das ist aber nicht dadurch zu erreichen, daß neue repressive Autoritäten auftauchten, die bestimmte emanzipative Leistungen fordern, sondern daß die praktischen Bedingungen hergestellt werden, in denen Interessen erst formuliert und das Schweigen erst gebrochen werden kann. Dazu gehört wesentlich, daß die Leistungsansprüche von den Autoritäten aufgegeben werden und von der Ebene der Fähigkeiten und Möglichkeiten der Gruppenmitglieder ausgegangen wird. Die Situation, in der sie noch nicht fähig sind, ihre Interessen zu formulieren, kann von den Autoritäten nicht dazu benutzt werden, ihre eigenen zu formulieren und sie den anderen vor die Nase zu setzen. Dadurch werden Lernprozesse blokkiert, die nur von den bestehenden Verarbeitungsweisen der Gruppenmitglieder aus möglich sind und nicht über sie hinweg.

In der Frage, warum denn Leute schweigen, steckt auch immer die berechtigte Angst, man selbst könnte sie zum Schweigen gebracht haben.

Die Befreiung subjektiver Interessen war manchmal zwar von Anfang an eine wesentliche Intention, konnte sich aber auf Grund ihrer repressiven Implikationen nicht verwirklichen.

Schweigen und Reden

Im Gegensatz zum traditionellen Erwartungshorizont an Uni-Seminare, der in der Hofftuation, wo die Gruppe nach den Weihnachtsferien zum ersten Mal wieder in der Universität tagte. Die neue Situation provozierte Privatgespräche und seminarwissenschaftliche Diskussionen, also ein Abgehen vom kollektiven Lernprozeß. So griff ein Student, durch die Aufforderung provoziert, er solle doch lieber nicht so abstrakt reden, sondern von seinen Interessen sprechen, die anwesenden Studentinnen wegen ihrer Passivität oder ihrer Scheinaktivität in dieser Sitzung an und verwies dann heftig darauf, daß die Befreiung von emotionalen Bedürfnissen den Gruppenzusammenhalt zerstöre.

Ab diesem Ereignis kam die Gruppe nicht mehr von der Diskussion ihrer sozialen Beziehungen los. Ständig wurde die Frage diskutiert, von einem Studenten in immerwährender theoretischer Begründung, ob es zulässig sei, andere Gruppenteilnehmer auf ihre Unemanzipiertheit hinzuweisen. Das Recht auf Verdrängungen, das dieser Student forderte, erregte seinerseits das Interesse der ganzen Gruppe, wieso er wohl dauernd auf diesem Recht insistiere und was er selbst damit bei sich verbergen wollte. Offensichtlich wehrte er sich damit gegen den Studenten, der zuerst aggressiv geworden war. Er war jedoch nicht imstande, den Konflikt mit der Gruppe dadurch aufzulösen, daß er seine persönlichen Beziehungen zu ihm aufgedeckt hätte und den Grund seiner Abwehr, den er doch selbst kannte. Andererseits war die Gruppe nicht imstande, von diesem Konflikt sich zu lösen und mit der kollektiven Diskussion des ursprünglichen Themas und der Aufarbeitung der Gruppengeschichte wiederanzufangen. Erst als der auf seinen Verdrängungen bestehende Student die Gruppe verlassen hatte, gab es eine Sitzung, in der eine Wiederaufnahme der alten Arbeit möglich schien. Das war am Ende des Wintersemesters. Seither ist die Gruppe nicht dazu gekommen, das zu realisieren.

Wichtig ist, daß selbst in einer Gruppe, die bewußt einen kollektiven Lernprozeß hat organisieren wollen und auch Erfolge dabei hatte, die Verdrängung autoritärer Bindungen und Bedürfnisse so viel Energie erforderte, daß sich die neuen Formen des wissenschaftlichen Lernens als sehr labil erwiesen. Die Trennung von sachlicher Arbeit und privaten Interessen wurde einerseits offen in Frage gestellt, weil die Abhängigkeit der Lernfähigkeit von psychischen Widersprüchen erkannt wurde, andererseits wurden Barrieren gegen eine „Veröffentlichung" privater Probleme aufgestellt. Diesen Widerspruch vermochte die Gruppe nicht produktiv zu lösen. Sie wurde gelähmt.

fühl, mit seinen Gedanken anerkannt zu werden, und zu einem kollektiven Lernprozeß beizutragen, vermittelte den Teilnehmern Erfahrungen von Freude und Befriedigung. Allerdings beruhte der kollektive Lernprozeß bei denen, die die alten Autoritätsrollen hätten übernehmen können, auf einer Unterdrükkung aggressiver Konkurrenz.
Diese Aggressionen befreiten sich in einer Si-

Nachtrag

Wir wollten in der Arbeit in diesem Artikel über die autonomen Arbeitsgruppen der Studenten die traditionelle Herstellung eines Artikels auf zweierlei Weise durchbrechen. Einmal sollte nicht einer allein, sondern eine Gruppe an diesem Thema arbeiten. Zum anderen wollten wir nicht von oben herab über die Arbeitsgruppen hinweg schreiben. Deshalb veranstalteten wir zwei Diskussionen mit Teilnehmern verschiedener Arbeitsgruppen aus verschiedenen Fachbereichen, in denen sie ihre politischen Bedingungen für die Arbeitsgruppen, den Streik oder politische Mobilisierung praktisch herzustellen und damit auch wieder die Bedingungen für kollektive Reflexion der eigenen Praxis, als nach einer Aktionsphase einen Artikel zu schreiben. Natürlich ist es klar, daß die massenhafte Selbstorganisation der Studenten in Arbeitsgruppen nur durch den Streik, also politischen Kampf, möglich geworden war. Es ist aber unsinnig, Reflexionsprozesse ausschließlich an aktuelle Kampfphasen binden zu wollen, in denen die objektive Chance zu radikalen Umstrukturierungen bei den Studenten besteht.

Die Verarbeitung der eigenen Erfahrungen, die Fähigkeit, seine eigene Praxis zu verstehen und in einen historischen Zusammenhang einzuordnen, ist für die Stabilisierung eines politischen Bewußtseins bei den mobilisierten Studenten ebenso wichtig wie die Mobilisierung selbst.

Wenn die eigene Praxis begriffslos bleibt, bleibt sie auch in der Tendenz wirkungslos. Politischer Kampf und die Organisierung von Reflexionsprozessen in einer Zeitschrift widersprechen sich nicht, sie bedingen einander. Ihre subjektive Vermittlung ist kein Problem der Subjekte allein, sondern eines der politischen Bewegung und ihrer Organisationsbedingungen.

R. de Clerck, R. Dombois, E. M., R. Roth, L. Voegelin

Die Buchhandlung für den Mediziner

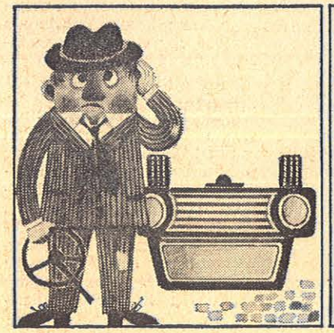
JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10
Gartenstraße 134



Nicht warten — vorher daran denken. Man fährt besser mit Neckura Autoversicherung. Niedriger Grundbeitrag · Tarifsystem mit neuen Ideen · Schadenfreiheitsrabatte nach Versicherungsjahren. Nutzen auch Sie die Vorteile der Neckura Neckermann Versicherungs-AG.

Sofort anrufen!
Frankfurt: 41 00 08 88 oder
Hanau: 0 61 81 / 2 86 03
es lohnt sich

Neckura

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Bereitet im Studium revolutionäre Berufspraxis vor!

Von der antiautoritären Hochschulrevolte zur politischen Massenarbeit

Wollen wir unsere revolutionäre Strategie im Verhältnis von Reform und Revolution bestimmen, so haben wir nicht nur einzugehen auf die Absichten und Maßnahmen der Konterrevolution und auf die objektiven Tendenzen der globalen revolutionären Auseinandersetzungen — Demonstrationen und Streiks in den Metropolen, Zunahme der Volksrevolutionen im Weltmaßstab —, sondern gerade auch auf die konkreten Interessen der spezifischen Fraktionen der Klassen in der westdeutschen Gesellschaft. Das hat zur Voraussetzung, daß die dogmatischen Positionen der „Nur-Reformer" oder „Nur-Revolutionäre" innerhalb der Sammlungsbewegung der organisierten Linken aufgehoben werden, daß ihr falsches Bewußtsein aufgezeigt wird, damit die Konterrevolution nicht die Chance hat, aufgrund unserer falschen Praxis oder dogmatischen Einschätzung der Situation uns von der Massenbasis zu isolieren und durch polizeistaatliche Überfälle zu liquidieren.

Nach einer längeren Phase des revolutionären Pathos, das Ausdruck der Hochschulrevolte war, und nach einer Einleitung des Kurswechsels der Praxis der Linken an der Universität (dem Ausdruck einer revolutionären Strategie), soll die materielle Grundlage des studentischen Antiautoritarismus eingeschätzt werden; denn die „Antiautoritären" werden in einer *Strategie von Reform und Revolution* Verrat an den revolutionären Prinzipien vermuten und den Beginn von Reformismus und Sozialdemokratismus innerhalb der Linken entdecken. Das antiautoritäre Denken der vergangenen Vorbereitungsetappe des Klassenkampfes war in seiner dogmatischen Form aus mehreren Elementen zusammengesetzt, die sich alle herleiten lassen aus der Situation der *kleinbürgerlichen Studenten an der Universität*; die revolutionäre Bereitschaft setzte sich bei einem Teil der Genossen um in Verzweiflung und Resignation über die gesellschaftliche Isolation, und bei einem anderen Teil wurde die Ungleichzeitigkeit der revolutionären Entwicklung innerhalb der Universität, aber vor allem zwischen Universität und Gesellschaft, durch elitäre Rationalisierungen verleugnet. In der *Parole der Propaganda der Tat*, in kühnen Einzelaktionen, wollten manche Genossen der übrigen Studentenschaft beispielhaft den Weg der Revolutionierung des Bewußtseins weisen und deren Entfremdung durch die Aktion zerbrechen. Dieser aufopferungsvolle Humanismus in der Elite wollte den Stumpfsinn der Strebsamen, deren Verdrängungen entlarven, um in ihnen die Spontaneität für die Revolution zu erwecken. Die Pläne der Brandlegung, der Erstürmung der Fakultäten und der Aussperrung der Studenten sollten zugleich militant den *Staatsapparat bedrohen* und die Bereitschaft artikulieren, sich nicht mehr in den Systemzusammenhang zu integrieren. Aktion war *spontaner Widerstand* und der Versuch der spontanen Zerstörung der Bewußtseinsschranken der Studenten. Diese Verhaltensweise der Antiautoritären kann nur als elitäre umschrieben werden; sie ist eher Kennzeichen der Resignation als des Kampfes. Das Moralisieren, die Beschimpfung der Studenten in den Vollversammlungen, die Reduktion des Begreifens revolutionärer Praxis in den Kategorien von Mut und Feigheit (der Ernst-Jüngerschen-Phase der Revolutionäre kleinbürgerlicher Herkunft) konnte zustande kommen, weil die Linke es aufgegeben hatte, *die Verdrängungen und Schwierigkeiten der studentischen Massen* zu analysieren und durch eine *revolutionäre Strategie* wenigstens teilweise *aufzuheben*. Eine Bestimmung dessen, was revolutionäres Studium als Vorbereitung auf eine revolutionäre Berufspraxis heißen kann, wurde nicht vorgenommen. Der geübte Politik-Ersatz im oben beschriebenen Sinne ging auf Kosten der konkreten Mobilisierung der Studenten und der Arbeiter.

Einzelaktionen, Propaganda der Tat, können jetzt und in der Zukunft auf keinen Fall Agitation, Aufklärungskampagnen ersetzen. Wenn dennoch die Linke in der augenblicklichen Situation den Staatsapparat erfolgreich provozieren will — und es besteht kein Zweifel darüber, daß dies zu geschehen hat —, so muß sie genauer, als in der vergangenen Etappe, darauf achten, daß dessen eingesetzte Gewalt in jedem Falle als Schwäche erscheint, *ohne* daß diese eingesetzte Gewalt die beabsichtigte Liquidierung der Linken zur Folge hat. Keinesfalls dürfen wir solche staatlichen Gegenmaßnahmen herausfordern, die zu einer tatsächlichen oder auch nur eingebildeten Stärkung der Position des Klassengegners führen. Den Genossen, die meinen, in jedem gegebenen Augenblick die Polizeimacht auf der Straße bekämpfen zu müssen, muß klar sein, daß sie mit der Polizeimacht zugleich die Staatsmacht bekämpfen, und sie sollten kalkulieren, welches Risiko sie jeweils eingehen. Vor allem müssen sie wissen, daß ein solcher Kampf nicht von den individuellen psychischen Bedürfnissen ausgehen darf, sondern die jeweiligen Kräfteverhältnisse und die objektiven politischen Verhältnisse zu berücksichtigen hat und darüber hinaus die eigene Strategie und die der Konterrevolution. Erst dann wird es manchen Genossen wieder begreiflich gemacht werden können, daß es Links-Opportunismus ist, wenn sie behaupten, sie könnten nicht hinter eine einmal geübte Form der Demonstration und Provokation des Staatsapparates „zurückfallen". Anarchistische Aktionen haben einen bedeutenden Stellenwert im Zusammengehen mit Massenaktionen — wenn wie in Kuba zwischen 1957 und 1959 die Sprengung von Polizeistationen, Brücken und Kasernen Kennzeichen des Volkskrieges waren, die Massen in diesen Aktionen ihren eigenen Widerstand, ihren Haß gegen das Batista-Regime erkannten; wenn wie in Vietnam ab 1958 die Liquidierung von Diem-Bürokraten und -Söldnern, die Verminung von Transportwegen und die Schleifung militärischer Stützpunkte die *politische Massenarbeit* der Revolutionäre beförderten und so dem revolutionären Volkswillen deutlicheren Ausdruck gaben. Aktionen, die von der Masse der linken Studenten nicht verstanden werden, die nicht *Momente langfristiger Kampagnen* mit klaren Zielen und deutlichen Parolen sind, dienen der Konterrevolution als Orientierungen zur Einleitung ihrer Gegenmaßnahmen. Der revolutionäre Antiautoritarismus wird dann zum phrasenhaften Links-Opportunismus, der in dieser Blindheit manipulierbar ist und ausgenutzt werden kann im Sinne der konterrevolutionären Strategie zur Trennung der Linken von ihrer Massenbasis. Ein logisch aus der Vernachlässigung dieser Analyse sich ergebendes Charakteristikum des Links-Opportunismus ist auch die These vom „Stellvertreter des Proletariats". Sind die Unterdrückungssituation an der Universität, die Examensängste, die mangelnde Identität mit dem Beruf, die Perspektivlosigkeit erst einmal verdrängt, wird ein Idealbild des Klassenkampfes ersonnen, das, da konkret in der Gesellschaft für diesen Kampf nur schwache Anzeichen vorhanden sind, durch die Aktionen dieser Genossen ausgefüllt werden soll. Das Resultat aber ist die Phraseologisierung des Kampfes, wodurch weder eine tatsächliche Revolutionierung der Studenten erreicht noch den Arbeitern konkrete Perspektiven für eine revolutionäre Tätigkeit in ihrem Praxisbereich gewiesen wird.

Revolutionäre Wissenschaft, revolutionäre Technologie und Revolutionierung der Berufe

Soll der Kampf an der Universität wieder Bestandteil der Revolutionierung der Gesellschaft werden, dann muß er zum entstehenden Klassenkampf in der spezifischen westdeutschen Gesellschaft und zu den weltweiten Volkskriegen und Aufständen konkret vermittelt werden. Die Studentenrevolte und die Ausbildung der Studenten an der Universität müssen demnach definiert sein durch die Bedürfnisse der Volksrevolutionen, der Demonstrationen und Aktionen gegen die internationale Konterrevolution, der Generalstreiks und Massenaktionen gegen den Herrschaftsapparat des Kapitals (Frankreich, Italien) und durch die Bekämpfung des *technologischen Faschismus*, der Antwort auf die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und der Antwort auf die drohende Revolutionierung der kapitalistischen Gesellschaften. Wir haben davon auszugehen, daß in zunehmendem Maße die Massenaktionen, aber auch die klandestinen Sabotageakte, die revolutionäre Tätigkeit in der Zukunft bestimmen werden. Die Universität muß in diesem Kontext als eine gesellschaftliche Region

durch die Bedürfnisse des Klassenkampfes und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft; c) der Machtergreifung des Proletariats, denn die Zusammenarbeit von revolutionären Arbeitern und Ingenieuren, Lehrern, Soziologen, Medizinern etc. verlangt, daß im Prozeß einer Streikbewegung Gegenstrukturen gegen den Kapitalismus errichtet werden (Lehre aus dem Scheitern des Generalstreiks in Frankreich, siehe Experimente in Nantes). Bereits diese Disposition von Berufsausbildung und Klassenkampf gibt an, daß die revolutionären Wissenschaftler keine Agenten der Volkskriege der „Dritten Welt" oder Bombenbastler für die „Erste Welt" sind, sondern in den je spezifischen Bereichen (Schulen, Fabriken, Universitäten) die revolutionären Volksschichten und Fraktionen der Arbeiterklasse mobilisieren. Diese Revolutionierung der Berufe im Klassenkampf schafft einen neuen Typus von Berufsrevolutionär, der nicht im Auftrage einer Partei oder einer abstrakt-revolutionären Bewegung agiert und Hüter der Parteidoktrin wird, der von der Partei und durch die Bewe-

Die Germanisten geben hierfür ein Beispiel:

Angesichts der Erfahrungen, wie schwierig die Arbeit des Lehrers ist, haben die Germanisten die Schlußfolgerung gezogen, daß es unverantwortlich ist, weiter mit der Parole von der revolutionären Berufspraxis zu hausieren, ohne genauere Aussagen darüber machen zu können, welchen Beitrag der Lehrer durch seinen Unterricht zur Zerschlagung des Kapitalismus leisten kann. Was er in der Klasse zu tun, und was er tunlichst zu lassen hat. Sie haben daher zunächst das Schlagwort von der Syndikalisierung ihres Berufes als Phrase erkannt und über Bord gefegt. Sie beginnen jetzt, sich mit dem Problem der Kaderbildung zu beschäftigen. Zu diesem Zweck richtet die ad hoc-Gruppe der Germanisten drei Hauptquartiere ein und fordert die ad hoc-Gruppen jener Fachrichtungen, in denen Lehrer herangebildet werden, auf, in diesen Hauptquartieren mitzuarbeiten. Es sind dies:

1. das Hauptquartier der Organisation der Lehrer sowie der Reorganisation der Lehrerausbildung,
2. das Hauptquartier der Schülerarbeit,
3. das Hauptquartier der revolutionären Jugendorganisation.

Vom ersten Hauptquartier sollen innerhalb

menarbeit mit den rebellischen Schülern nicht genügt wird, da die Schülerrebellion im gegenwärtigen Stadium noch keinen Beitrag zum Klassenkampf leistet. Die Schülerrebellion kann naturwüchsig nicht die proletarische Linie einschlagen. Nur in der Zusammenarbeit der Schüler mit ihren Altersgenossen aus der Arbeiterklasse wird dies möglich sein. Aufgabe dieses Hauptquartiers ist es zu erkunden, wo sich Ansätze einer solchen revolutionären Jugendorganisation bilden und was künftige Lehrer in diesen Organisationen tun können, um sich selber zu schulen. Vorschläge sind zu erarbeiten und Phantasie ist zu entwickeln: die Möglichkeiten, mit Jugendlichen gemeinsame Feriencamps durchzuführen, in denen Politisierungsprozesse eingeleitet, die Solidarität unter den Jugendlichen der verschiedenen Klassen gefestigt und konkrete Kampfmaßnahmen vorbereitet werden, sind zu erkunden. Aus den Erfordernissen der kombinierten drei Hauptquartiere leitet sich das neue Ausbildungsprogramm für künftige revolutionäre Lehrer her. Dieses Programm sind sie wild entschlossen an die Stelle des traditionellen Lehrbetriebs zu setzen. Das heißt, sie werden durch entschlossenes Vorgehen sich die Freiräume erobern, in denen sie Lehre und Forschung gemäß ihren strategischen Bedürfnissen selbst gestalten. Selbstverständlich werden sie sich das Recht auf Scheinvergabe für diese Arbeit erzwingen.

Zur Universität als Arbeitsplatz sozialistischer Betriebsbasispraxis

Unter dem zweiten Aspekt, der Universität als Arbeitsplatz sozialistischer Betriebsbasispraxis, soll am Beispiel der *Soziologen* aufgezeigt werden, inwieweit das Nebeneinander von Hochschul- und Basisgruppenbereich aufhebbar ist;

Ansätze einer Sektionsbildung (Sektion Industrie- und Betriebssoziologie, Sektion Sozialisation, Sektion Medizinsoziologie), die organisiert und getragen von Studenten, auf eine totale Neustrukturierung des soziologischen

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

einandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft (und der technokratischen Studienreform) ein revolutionäres Bewußtsein geformt wird. In der Universität müssen Kampfkollektive entstehen, die sich vorbereiten auf den Klassenkampf in den spezifischen gesellschaftlichen Bereichen. In der Universität muß eine revolutionäre Wissenschaft entwickelt werden, die *nicht bloß kritische Theorie* ist, sondern *im Interesse der Revolutionierung der Gesellschaft wirkt.* Das heißt: die revolutionäre Wissenschaft muß direkt Mittel werden a) der Volksrevolutionen (z. B. Entwicklung von Abwehreinrichtungen gegen die konterrevolutionäre ABC-Kriegsführung, Entwicklung neuer volkstümlicher Technologie, Erfindung revolutionärer Produktionsmethoden und -mittel); b) der Entwicklung einer *revolutionären Technologie,* die sich konzentriert auf den technischen Arbeitsprozeß und dabei den Einfluß der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ausschließt (die Ausbildung an der gegenwärtigen Universität geht aus von bestimmten Produktionsstrukturen, die in den Produktionsprozeß selbst Elemente der Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals miteinbeziehen); diese revolutionäre Technologie verlangt eine Loslösung von der Spezialausbildung und wird gekennzeichnet

Funktion oft Hindernis der Revolutionierung wird, sondern dieser neue Berufsrevolutionär ermöglicht gerade die Mobilisierung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche und macht es der Konterrevolution unmöglich, diese revolutionäre Bewegung zu liquidieren, es sei denn durch Genozid. Zugleich schafft die bereits jetzt begonnene Revolutionierung der Technologie, Produktion, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften die Voraussetzung dafür, daß der Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen erleichtert wird, diese sich schneller nach den wahren Bedürfnissen der Massen ausrichten können (Kulturrevolution in der Revolution).

Indem der Versuch, die Universitäten dem Kapital zu entziehen, im Streik des letzten Wintersemesters greifbare Formen annahm, zeichnete sich auch die Wendung von der Verweigerung der Universität zu ihrer Umfunktionierung für unsere Ziele ab. Gleichzeitig mit der materiellen Verweigerung der Universität entwickelten wir die ersten Ansätze, die Universität sozialistischen Zielen dienstbar zu machen. Und zwar in zweierlei Hinsicht: einmal als Ausbildungsstätte revolutionärer Berufspraxis, zum anderen als Arbeitsplatz sozialistischer Betriebsbasisgruppen.

des regulären Lehrbetriebes Schulungskurse eingerichtet werden, in denen Genossen, die bereits im Schuldienst stehen, mit solchen, die sich auf diesen vorbereiten, Modelle darüber erarbeiten, was ein revolutionärer Unterricht leisten muß. Schüler werden an diesen Schulungskursen mitarbeiten. Die gemeinsam theoretisch aufgearbeiteten Erfahrungen sollen zu präzisen Empfehlungen und Anregungen gerinnen, die jenen zur Verfügung gestellt werden können, die mit der Parole von der revolutionären Berufspraxis im Herzen in den Schuldienst gehen möchten.

Das zweite Hauptquartier versucht, die verschiedenen Initiativen mit Schülern zusammenzuarbeiten, zu koordinieren. Aus den auftretenden Problemen und gemachten Erfahrungen werden Fragestellungen abgeleitet, die zum Gegenstand von Enqueten gemacht werden können, die im regulären Seminarbetrieb eingebracht werden. Dieses Hauptquartier versucht die organisatorischen Vorbedingungen dafür zu schaffen, den Lehrerberuf gemeinsam mit den rebellischen Schülern zu erlernen.

Das dritte Hauptquartier basiert auf der Erkenntnis, daß der Forderung, den Beruf im Klassenkampf zu erlernen, durch die Zusam-

sen für die Unterdrückten sich aber beschränkt auf eine Revolutionierung der *Studienpraxis* und das Moment der Arbeitsmöglichkeit nach dem Studium, das Moment der materiellen Reproduktion noch nicht löst.

In der Entwicklung eines soziologischen Seminars zu Fragen des Gesellschaftsbildes von Arbeitern, das aus der Frustration über einen praxisfernen Seminarmarxismus die Konsequenzen zog und über Gruppendiskussionen mit Arbeitern zu Fragestellungen der Agitation von Arbeitern kam, die folgerichtig in die Gründung einer Basisgruppe einmündeten, stellte sich der Zusammenhang zwischen Universitäts- und Basisgruppenbereich her.

Auf der einen Seite folgte aus dem theoretischen Ansatz der Institutsarbeit eine langfristigere nicht nur konfliktbezogene Perspektive der Betriebsbasisarbeit, auf der anderen Seite wurde die sich aus der praktischen Arbeit ergebende Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen in und außerhalb der Universität und das Problem der Geld- und Raumbeschaffung als institutioneller Konflikt in das soziologische Institut getragen.

So wurden die sich an der praktischen Arbeit konkretisierenden Bedürfnisse umgesetzt in

listischen Strategie entsprechend, hinzielt.

Klar ist, daß dieser Ansatz, der durch die Losung SUBSUMPTION DER AD-HOC-GRUPPEN UNTER DIE SEKTIONSPOLITIK charakterisiert wird, nicht einheitlich und gleichzeitig wird stattfinden können. So werden die Ad-hoc-Gruppen als studentische Interessenvertretung zur Einführung und Agitation der Erstsemester zunächst bestehen bleiben müssen.

Das Prinzip dieses Ansatzes ist es, durch die Schaffung einer breiten horizontalen (andere Fachbereiche) und vertikalen (außer-universitäre Bereiche) Kooperation und eines Selbstverständnisses der Sektionsgruppen als SOZIALISTISCHE KADER einen verbindlichen Diskussionszusammenhang herzustellen, der die Gewinnung einer sozialistischen Strategie erst ermöglicht.

(Auszüge von: Autorenkollektiv AStA und SDS Berlin, Die Verschwörung des Berliner Senats gegen die Studenten — Dokumente und Kommentare zur Hochschulpolitik; Hochschulstrategisches Redaktionskollektiv AStA, Ad-hoc-Gruppen, SDS Berlin, Zur Hochschulstrategie, Rote Presse Korrespondenz Berlin, Nr. 9/1969)

Erlernt Euren Beruf im Klassenkampf!

Revolutionäres Studium an der Universität als Vorbereitung revolutionärer Berufspraxis

Im vergangenen Semester wurde der künftige Beruf des Studentenrebellen thematisiert. Wir begannen die Universität mehr und mehr unter ihrem Aspekt als Berufsausbildungsstätte zu sehen. Die Universität unseren Zielen dienstbar machen heißt, daß wir versuchen müssen, die Berufsausbildung in unsere Hand zu bekommen. Wir machten die ersten Schritte dazu, die Berufsausbildung in verschiedenen für den Klassenkampf strategischen Bereichen zu reorganisieren und damit zugleich die Bereiche unserer künftigen Praxis zu organisieren. Wir folgten damit einem dringenden subjektiven Bedürfnis. Eine Studentenpolitik nämlich, die davon abstrahiert, daß die Studienzeit nur eine Durchgangsphase ist, wird nie eine Politik sein, an der sich die Masse der Studentenschaft beteiligen kann. Wenn die politische Arbeit während der Studienzeit nicht für den einzelnen Studenten eine individuelle Perspektive permanenter politischer Arbeit eröffnet, dann wird sie zu einer linken Reproduktion der Zeit des Austobens, die die bürgerliche Gesellschaft ihrem Nachwuchs je gegönnt hat, um ihn dann um so besser einpassen zu können. Die Folgen des Mangels, bisher solche individuellen Perspektiven durchdacht zu haben, machen sich bereits bemerkbar: in Zynismus oder Verzweiflung. Immer mehr Studenten versinken resigniert ins bürgerliche Leben oder fürchten sich vor dem Studienabschluß, fürchten sich, den Raum zu verlassen, in dem sie politisch haben arbeiten können. Wenn der von den Universitäten ausgehende antikapitalistische Kampf also nicht durch Resignation stagnieren oder aus Verzweiflung falsche Wege gehen soll, muß der Versuch, die Produktivkraft Wissenschaft gegen die Herrschenden zu wenden, beschleunigt unter dem Aspekt der Erarbeitung individueller Perspektiven vorangetrieben werden.

Das heißt, daß wir im kommenden Semester die ausgegebenen Parolen „Bereitet im Studium revolutionäre Berufspraxis vor" und „Erlernt euren Beruf im Klassenkampf" konkretisieren müssen. Diese Arbeit allein heißt Organisieren. Alles andere ist abstraktes Geschwätz.

Nach den Erfahrungen des vergangenen Semesters und der Semesterferien muß bereits jetzt dem Revisionismus vorgebeugt werden. Revolutionäre Berufspraxis kann niemals heißen, mit einem sozialistischen Bewußtsein in einem etablierten Beruf zu überwintern; das ist auch dann keine Praxis, wenn man aus seinem Bewußtsein Diskussionen am Arbeitsplatz speist. Erst recht darf revolutionäre Berufspraxis nicht heißen, mittels der Kombination von Stellung und Bewußtsein irgendwelche Reformen zu erstreben. Es muß ganz deutlich gesagt werden: Alle Berufspraxis ist nur insoweit revolutionär, als sie einen wie kleinen Beitrag auch immer zur Organisation und zum Sieg der Arbeiterklasse leistet. Diese stringente Definition der revolutionären Berufspraxis weist uns auf den Weg, auf dem wir die ersten organisatorischen Schritte tun müssen. Wir haben eine sorgfältige Analyse der strategisch wichtigen Berufe zu machen und eine Linie zu erarbeiten, wie in diesen Berufen ein Beitrag zur Zerschlagung des Kapitalismus geleistet werden kann (Bereiche, die sich der Erarbeitung einer solchen Linie notwendig verschließen müssen, sollten wir nicht länger mit der Parole von der revolutionären Berufspraxis behelligen). In Seminaren, die wir selber durchzuführen haben, haben wir uns mit Genossen, die bereits in diesen Berufen stehen, über die konkreten Praxismöglichkeiten zu verständigen, Handlungsanweisungen für Aspiranten auf diesen Beruf zu erarbeiten und so die Kaderbildung auf diesem Sektor voranzutreiben.

Sie fand die Sache von Anfang an sehr reizvoll

Die Sache mit dem COMBI-SPAREN. Reizvoll an dieser neuen Sparform ist der Sparbonus. Nach Ablauf von fünf Jahren gewähren wir ein Investmentpapier, dessen Wert mindestens 1 % der während der Laufzeit des COMBI-Sparvertrags erbrachten Sparleistung entspricht. Mit anderen Worten: bei uns können Sie jetzt mehr bekommen als nur Zinsen. Natürlich hat sie das COMBI-SPAREN MIT COMMERZBANK-SPARBONUS gleich mit dem prämienbegünstigten Sparen und mit den Vorteilen des 312 DM-Gesetzes gekoppelt. Das können Sie bei Abschluß eines neuen Vertrags auch. Fragen Sie unsere COMBI-Fachberater!

COMMERZBANK
... eine Bank, die Ihre Kunden kennt

in der Nähe der Uni:
Zweigstelle Bockenheim
Gräfstraße 85

Rotbücher

2. Paul A. Baran / Erich Fried / Gaston Salvatore: **Intellektuelle und Sozialismus.** 128 Seiten. DM 4,50
3. Aimé Césaire: **Über den Kolonialismus.** 80 S. DM 3,50
5. Mao Tse-tung: **Über Praxis und Widerspruch.** 96 Seiten. DM 3,50
7. Wolfgang Dreßen: **Antiautoritäres Lager und Anarchismus. Mit einem Lesebuch.** 160 Seiten. DM 5,50
9. Ernesto Che Guevara: **Guerilla – Theorie und Methode.** 160 Seiten. DM 5,50
10. Wilfried Gottschalch: **Parlamentarismus und Rätedemokratie. Mit einem Lesebuch.** 128 Seiten. DM 4,50

Abonnieren Sie die Rotbücher in Ihrer Buchhandlung. Sie erhalten sie dann sofort nach Erscheinen für DM 1,– billiger. Der Verlag schickt gern den Almanach kostenlos: Berlin 31, Jenaer Straße 6 **Wagenbach**

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

STÄDEL AUFLÖSEN

„Wem es nicht gefällt, der kann ja gehen."

„Wem es an der Städelschule nicht gefällt, der kann ja gehen". verkündet Herr Geyger, Professor für „freie" Malerei zu Frankfurt am Main. Kunst ist Kunst, die macht man eben, erklärt Herr Eliasberg, Grafikdozent an der Frankfurter Kunsthochschule auf die Frage, was Kunst denn überhaupt sei und soll. „Der Künstler hatte es noch nie so schwer wie heutzutage", klagt Professor Krahn, Direktor ebenderselben Anstalt, ohne sich die Mühe zu machen, seinen Einfluß und seine Stellung zu benutzen, um diesem Mißstand wenigstens innerhalb seines Wirkungsbereiches auf den Grund zu gehen und abzuhelfen. „Kunst ist vielleicht ein Anachronismus", grübelt Prof. Schreiter, Professor für freie und monumentale Malerei, aber was soll's, er ist Kunstprofessor. Eineinhalb Jahre, ausgefüllt mit Bitten, Diskussionen, schriftlichen Eingaben, Aktionen und Provokationen haben an diesem Tatbestand nichts ändern können. Nach wie vor verkündet Herr Geyger: „Kunst ist Sache einer Elite." Nach wie vor wird Herr Eliasberg zur Korrektur einmal in der Woche aus Paris eingeflogen (da er in Paris wohnt und ein unersetzbarer Lehrer ist). Nach wie vor besteht die Hauptverpflichtung des Herrn Krahn darin, zwei- bis dreimal in der Woche ein paar Unterschriften zu leisten und auf die Frage „Was ist los an der Städelschule?", muß man sagen: Die Dozentenschaft scheint taub, stumm und blind zu sein. Nach eineinhalb Diskussionsjahren wird murrenden Studenten immer noch entweder gesagt: „Formulieren Sie das alles 'mal und reichen Sie es beim Kultusministerium ein" (obwohl solche Eingaben bereits in der Schreibtischschublade des Sekretariats schlummern), oder: „Was wollen Sie denn eigentlich?"

Hier also zum xtenmal die Forderungen, um deren Verwirklichung es geht:

1. **Demokratisierung der Hochschule**
   Lehrende und Lernende sollten sich als Schulgemeinschaft verstehen. Alle Aufgaben, die die Schulgemeinschaft betreffen, werden gemeinsam diskutiert und gelöst. Die Mitglieder der Schulgemeinschaft sind gleichberechtigt.
   Die Aufgaben der Schulgemeinschaft sind:
   1. **Aufnahme und Entlassung von Studenten und Dozenten**
   2. **Gestaltung des Studienplanes**
      a) Gastdozenten und Seminare
      b) Werkstätten
   3. **Verteilung der Finanzen — Stipendium**
   4. **Allgemeines: Veranstaltungen, Fahrten, Disziplinarordnung**
2. **Abschaffung des Klassensystems**
   Um die Schulgemeinschaft herzustellen, ist es notwendig, das Klassensystem abzulösen. Jeder einzelne muß das Recht haben, die Ausbildung in den verschiedenen Abteilungen, Malerei, Bildhauerei, Grafik, Architektur, zu nutzen.
3. **Abschaffung der Kunstprofessur**
   Die Schulgemeinschaft sollte nach eine

Die Studentenschaft oder ihre Vertretung werden in der Satzung nicht erwähnt. Der hessische Minister für Erziehung und Volksbildung lehnte 1958 die Genehmigung einer Studentensatzung ab. Er hielt sich für unzuständig und vertrat die Auffassung, daß der Studentenschaft an Kunsthochschulen keine Mitwirkungsbefugnis bei der Erledigung der künstlerischen oder verwaltungsmäßigen Aufgaben der Hochschule zukomme.

Die Studentenschaft hatte bisher nicht die geringste Einsicht in die Finanzlage der Hochschule und keinerlei Kontrolle über die Ausgaben. Trat man mit Vorschlägen zum Lehrplan, zum Beispiel einen Gastdozenten für das leerstehende Gastatelier, heran, hieß es, dafür sei kein Geld da, obwohl es doch zur Aufgabe der Schule gehören sollte, den zuständigen Stellen (Stadt und Land) die Dringlichkeit solcher Ausgaben plausibel zu machen und einen höheren Etat zu fordern. Auf der anderen Seite werden zum Beispiel minutenlange Gespräche mit Herrn Eliasberg nach Paris geführt, die doch nicht gerade billig sind, von der Problematik Städelschule und Städelmuseum ganz zu schweigen. Die politische Unfähigkeit, Geld zu bekommen, ist fast schon als Schicksal der Schule akzeptiert. Diese Punkte lassen sich zu einem neuen Selbstverständnis der Kunsthochschule zusammenfassen. Die Schulgemeinschaft stellt sich die Aufgabe, das Selbstverständnis der Kunst ständig auf die Gesellschaft zu reflektieren. Es gilt natürlich, zu verhindern, daß mit der Verwirklichung der Forderungen eine demokratisierte, mit allen Möglichkeiten ausgestaltete Künstlereliteschule gebildet wird. Es muß verlangt werden, daß gleichzeitig mit der Bereicherung des Studienprogrammes ein Zweig für experimentierende Kunsterziehung angegliedert wird, zumal da das Gebäude architektonisch so konstruiert wurde, daß ein entsprechender Aufbau jederzeit möglich ist. So könnten Dozenten, freie Künstler und Kunsterzieher ermöglichen, daß die künstlerische und eigenschöpferische Fähigkeit in die Erziehung und den gesellschaftlichen Prozeß integriert wird.
Aber was soll diese sentimentale Zukunftsmusik, setzt sie doch den Willen aller Hochschulinsassen voraus, sich als Schulgemeinschaft zur Lösung gemeinsamer Probleme zu begreifen. Von diesem Willen kann nicht im entferntesten die Rede sein, solange autoritäres Auftreten und unreflektierte Gefühlsäußerungen als Argumente betrachtet werden und so lange sich zum Beispiel die Aufnahme der neuen Studenten (unserer zukünftigen Kollegen) folgendermaßen abspielt:
Nichts war zu erfahren über den Zeitpunkt der Konferenz, die gewöhnlich in den letzten Wochen des alten Semesters stattfindet. (Offensichtlich war dem Lehrerkollegium noch die Reaktion einiger Studenten, die bei vorangegangenen Konferenzen dabei sein — durften —, im Gedächtnis. Die Reaktion war einmütig. Entsetzen über das kriteriumlose,

Kein Essay zur Kunstschule Städel

Bei den Bemühungen um Neuordnungen des Hochschulstudiums war die Problematik der Kunsthochschulen bisher von sekundärer Bedeutung. Diese Problematik läßt sich offensichtlich nur lösen, wenn man die Kunsthochschule als eine Fakultät innerhalb des Gesamthochschulbereiches begreift, in der es wie in allen anderen Fakultäten gilt, gegen autoritäre Machtansprüche und Fachidiotentum zu kämpfen. Die Situation der Städelhochschule für bildende Künste zu Frankfurt am Main mag symptomatisch sein für die „Kulturpflege" einer Gesellschaft, die den Widerspruch institutionalisiert zwischen dem lächerlichen elitären Stolz akademischer Künstlerausbildung und einer Öffentlichkeit, die Kunst effektiv bald nicht mehr braucht. Anstatt mit der Öffentlichkeit zu experimentieren und sie in die eigene Problematik hineinzuziehen, rühmt man die „paradiesische Abgeschiedenheit" der Städelschule. Studenten, die ihren Horizont z. B. durch ein soziologisches oder pädagogisches Studium erweitern wollen, müssen die Kunstanstalt verlassen. Dabei ist es gerade das Fehlen dieses Erfahrungsaustausches, das die Kunsthochschule in die gegenwärtige Überflüssigkeit hineinmanövriert hat. Durch den Bericht über die Lage in der Städelschule soll gezeigt werden, wie eine autoritäre Ordnung und elitäre Bewußtseinsbildung nach undurchschaubaren Kriterien die Öffnung nach außen verhindert, um die Diskrepanz zwischen der (Narren-)Freiheit der Individuen in der Gesellschaft nicht zutage treten zu lassen.

Helft die Städelschule öffnen oder schließen

BG stellte sich zur Aufgabe, die Probleme der Kunsthochschule in kollegialer Zusammenarbeit mit den Dozenten zu lösen.) Da die gesamte Städelbelegschaft nur aus ungefähr 70 Insassen besteht, braucht man sich nicht den Kopf zu zerbrechen über prozentuale Frontbesetzungen, sondern könnte leicht eine arbeitsfähige Schulgemeinschaft mit gleichberechtigten Partnern bilden. Das hat nichts mit einer Gemeinschaftsideologie zu tun, sondern ist nur die Erfüllung von Ansprüchen.

Zur Information: bildende Kunst, München

In München gibt es drei wesentliche Gruppen, die für eine revolutionäre Strategie an Bedeutung gewinnen können:

Die Hochschulgruppe sozialistischer Kunststudenten mit ihrem Schwerpunkt auf dem Hochschulbereich bildender Kunst. Die HSK initiierte ein „kritisches Atelier", in dem sich grundsätzlich alle Interessierten einschreiben können (Nichtimmatrikulierte, Durchgefallene und auch solche mit bereits abgeschlossenem Studium). Kontaktadresse: Hanno Rink, Rita Mühlbauer, 8019 Moosach,

Eine zweite Gruppe, die als Basisgruppe aus der HSK entstand, ist die Projektgruppe Kulturrevolution im Berufsverband bildender Künstler (BBK). Sie bestimmt ihre Praxis aus der existentiellen Frustration der Künstler: durch jene, welche noch Lust aus dem Kulturbetrieb ziehen — Ästheten, Kinetiker, Op-, Pop- und sonstigen Artisten, Intellektuellen oder Zynikern, denen bereits das Scheitern des Versuchs, Kunst als

Archiv APO: Rechtsanwalt H. Riehn

DIE LAGE AM STÄDEL

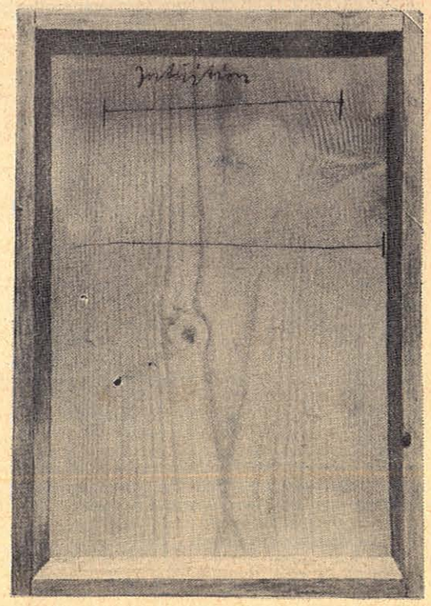
Im Wintersemester 1967 erschien das erste Städelflugblatt mit der Aufforderung — löst die Städelschule auf —. Damals bestanden noch Hoffnungen, daß durch diese Provokation die Zusammenarbeit der Studenten und Dozenten wachgerufen würde, um der Kunsthochschule die gegenwärtige Sinnlosigkeit ihrer Existenz klarzumachen und einen neuen Sinn zu erarbeiten. Durch chronologische Darstellung der folgenden Ereignisse soll aufgezeigt werden, daß die Schule diese Chance verpaßt hat und daß die Forderung nach Auflösung akuter denn je ist. Der Inhalt jenes Flugblattes in kurzgefaßten Schlußforderungen:

1. Demokratisierung der Hochschule
2. Abschaffung des Klassensystems
3. Vortragsreihen und Seminare
4. Abschaffung der Professur auf Lebenszeit
5. eine neue Satzung

konnte zunächst gar nicht mit den Dozenten diskutiert werden, da die meisten reagierten, wie es sich für Künstler gehört, emotional. Professor Geyger: „Soll das ein Witz sein?!" Als Diskussionen innerhalb der Studentenschaft einsetzten, nahmen die Profs das Stimmengemurmel zum Anlaß neuer Rüge: „Man kann ja gar nicht mehr in Ruhe arbeiten, diskutieren Sie doch abends!" (Abends ist das Städel leider geschlossen.) Als die Studenten darauf hinwiesen, daß es mitunter sehr heilsam sei, die Produktion eine Zeitlang einzustellen, um sich einmal den Sinn seiner eigenen Arbeit klarzumachen und ihren Wert und Funktion in der Gesellschaft, hörte man Argumente wie: „Klären Sie Ihre gesellschaftlichen Probleme mit dem Pinsel auf der Leinwand." Nachdem sich die Mehrzahl der Studenten mit den Forderungen des Flugblattes solidarisch erklärte hatte, konnten die Dozenten nicht umhin, sich einer Diskussion zu stellen. Leider platzte das Gespräch, da der Direktor die Abmachungen über die Diskussionsform nicht einhielt (Architekt Krahn). Als Gesprächspartner sollten sechs Studenten mit den sechs Dozenten diskutieren. Außerdem sollten Diskussionsbeiträge aus dem Saal dazukommen. Diese letzte Vereinbarung wurde nicht eingehalten, der Direktor ließ Wortmeldungen aus dem „Publikum" nicht zu und bezichtigte die Studenten, die ihn an seine Zusage erinnerten, der Lüge. Er erklärte, er würde nicht mehr in einer Vollversammlung diskutieren, sondern nur mit den gewählten Klassensprechern und deren Vertretern. Die Studenten gaben nach und entsandten zum nächsten Gespäch Klassensprecher, obwohl sie die Auflösung des Klassensystems forderten. Das Entgegenkommen wurde nicht als Verhandlungsbereitschaft anerkannt, wie das Beispiel einer Einladung von Professor Beuys zeigt (Professor an der Düsseldorfer Kunstakademie für Bildhauerei, er sollte nach Demokratisierungsforderungen von der Düsseldorfer Akademie gedrängt werden, die von ihm mitgegründete Deutsche Studentenpartei propagiert die alte surrealistische Parole: „Alle Menschen sind Künstler").

Die Studentenschaft hatte beschlossen, Herrn Beuys zu Vortrag und Diskussion einzuladen. Auch die Professoren waren nach einigem Hin und Her mit der Einladung einverstanden; (wenn sich der — damalige — Konflikt zwischen B. und der Düsseldorfer Akademie nicht verschärfen sollte, hätte er kommen können — doch er kam nicht —. Herr Krahn teilte der verdutzten Gesprächsrunde mit, daß er auf Grund eines geheimen Telefongesprächs („mit jemandem, dessen Namen ich nicht nennen möchte"), zu dem Schluß gekommen sei, daß sich der Düsseldorfer Konflikt verschärft habe und eine Einladung zum gegenwärtigen Zeit-

durch ein Abschlußdiplom haben. Dieses Diplom ist für die meisten zugegebenermaßen der einzige Grund ihres Städelstudiums, obwohl in der Studiumsbroschüre etwas von geistiger Dimension des Bauens und Nähe zu den Malern und Bildhauern geschwafelt wird, entziehen sie sich der geforderten Zusammenarbeit, wenn es darum geht, gemeinsame gesellschaftliche Probleme zu lösen, da sie immer mit einem Auge aufs Diplom schielen (müssen?!). Trotzdem war der 27. Januar 1969 ein voller Erfolg. Bis spät in den Nachmittag hinein fanden lebhafte Diskussionen statt. Arbeiter, Angestellte, Studenten der Musikhochschule, der Werkkunstschule Wiesbaden und Offenbach ließen sich die Problematik der Städelsituation erläutern und führten aufschlußreiche Gespräche mit den Dozenten; deren Hauptsorge war allerdings, die anonymen Initiatoren der Flugblattaktion ausfindig und dingfest zu machen. Das gelang nicht. Trotz dieses vielversprechenden Tages wurde ein anderes Ziel nicht erreicht: die objektive Information der breiteren Öffentlichkeit durch die Presse. Die FAZ sprach von der berühmten Minderheit, für die es besser wäre, „die Hochschule demonstrativ zu verlassen" und dahin zu gehen, wo es mehr Öffentlichkeit gibt; von den Dozenten, die „als Künstler zum dauernden Theoretisieren nicht willens und vorbereitet" sind und davon, daß „größere Krawalle zum Glück unterblieben". Die FAZ verteidigt die Dozenten mehr als diese sich selbst, und die absurde Trennung von Theorie und Praxis macht jeden Kommentar überflüssig. Öffentlichkeit kann eben sehr zweischneidig sein. Die Vollversammlung vom 29. Januar 1969 bewies, daß die Aktion im Interesse der Mehrzahl der Studenten stattfand, die den vermeintlichen Verfassern des Flugblattes das Vertrauen aussprachen. In der Phase war es noch notwendig, anonym ein Flugblatt auszugeben. Gleichzeitig wurde beschlossen, das bisherige Vertretersystem



Intuition, 8,—, Joseph Bemys.
Kunst — zu haben beim Vice-Versand, Wolfgang Feelisch, Remscheid, Postfach 343.

(Klassen- und Schulsprecher) durch eine

www.frankfurt-uni68.de

nem Ermessen Dozenten auswählen und auswechseln. Dieser Dynamik widerspricht eine beamtete Professur. Sie soll ersetzt werden durch Dozenturen, die auf Wissen und Erfahrung beruhen.

4. **Gastdozenten und Seminare**
Um das Studienprogramm zu bereichern und der Schulgemeinschaft die Möglichkeit zu geben, die Kunst ständig auf die Gesellschaft zu reflektieren, sind Gastdozenten und Seminare notwendig.

5. **Eine neue Satzung!**

Im Augenblick funktioniert die Schule folgendermaßen: Die Organe der Hochschule sind das Kuratorium, der Direktor und das Lehrerkollegium.

Das Kuratorium besteht aus je drei Vertretern des Landes und der Stadt sowie dem Direktor des Städelschen Kunstinstitutes. Obwohl das Kuratorium in allen Selbstverwaltungsangelegenheiten Beschluß- und Beratungsorgan ist, entsendet die Hochschule keinen Vertreter. Der Direktor und sein Stellvertreter werden vom Minister auf Vorschlag des Kuratoriums auf Grund von Vorschlägen des Lehrerkollegiums für die Dauer von mindestens drei Jahren aus dem Lehrerkollegium bestellt. Der Direktor vertritt die Hochschule gerichtlich und außergerichtlich, leitet die Wirtschaftsverwaltung, ist Vorgesetzter des gesamten Personals und führt die Beschlüsse des Kuratoriums durch. 1959 fand zum ersten Mal eine öffentliche Direktoratsübergabe in Anwesenheit des hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung statt.

Das Lehrerkollegium entscheidet über die allgemeine Unterrichtsgestaltung und macht dem Direktor Vorschläge über die Berufung von Lehrkräften, denen das Kuratorium zustimmen muß. Das Ernennungsrecht des Ministers umfaßt keine Ablehnungsbefugnis. Die „Berufung in das Beamtenverhältnis" begründet ein Beamtenverhältnis zur Städelschule, nicht zum Land Hessen.

…these zur bestehenden Gesellschaft, Ausgangspunkt für ihre Tätigkeit oder Untätigkeit (auf den bereits vermittelten traditionellen Leistungszwang in der bildenden Kunst bezogen) ist. Kontaktadresse: Will Wieprsek, 8 München 71, Fritz Baer-Straße 15.

Die dritte Gruppe K. E. K. S. (Kunst, Erziehung, Kybernetik, Soziologie) beginnt ihre Arbeit mit einer durchgreifenden Neugestaltung der Ausbildung von Lehramtskandidaten — unter besonderer Berücksichtigung der theoretischen Arbeit, so daß diese gleichwertig neben der praktischen steht. Diese Gruppe (vorwiegend Kunsterzieher) hat er jetzt mit der Arbeit begonnen. Kontaktadresse: Alex Diel, 8 München 80, Pariser Straße 18.

zum Teil auch interesselose Gefühlsblabla, mit dem über die Zukunft angehender Studenten entschieden wurde.) Da sah man in den Semesterferien am 3. März 1969 einige Dozenten in Konferenzschwarz durch die heiligen Hallen huschen. Doch auf die Frage, wozu der Mummenschanz, gab es nur Achselzucken und die Gegenfrage: „Warum fragen Sie?" Nachdem sich die hohen Herren im Konferenzraum versammelt hatten und Zeichenmappen in ebendenselben Raum getragen wurden, war immer noch nicht zu erfahren, was da unter Geheimhaltestufe 1 konferiert werden sollte. Da entschlossen sich einige beherzte Studenten, an die Tür des Beratungszimmers zu klopfen und nachzufragen. Ein Schlüssel drehte sich im Schloß, und im Türspalt erschien der Kopf des Sekretärs, der sich auf die Frage, ob gerade die Konferenz über Neuaufnahmen im Gange sei, nach einigen „Was", „Wie", „Warum", „Wie kommen Sie darauf?" rettete, indem er den Direktor für die Beantwortung dieser Frage für zuständig erklärte, während man durch den Türspalt das Gemurmel der Professoren vernahm, erschien der Herr des Hauses und fixierte gleich den Schreiber eines Artikels in der Medizinerzeitschrift „Sectio" nach dem Motto, Angriff ist die beste Verteidigung: „Sie haben behauptet, daß ich lüge" —

„Der Mensch und die Kunst ändern sich nicht." Ein unbekannter Städellehrer —,

und an die übrigen gewandt: „Mit einer Basisgruppe kann man doch nicht zusammenarbeiten." (Seit der Studentenvollversammlung vom 9. Januar 1969 ist das Vertretersystem von Klassen- und Schulsprechern durch eine Basisgruppe abgelöst worden. Diese die die Städelschule sowieso hat, aber das hieße auch, Funktion und Sinn der Kunst ernstzunehmen und die Rolle der Städelschule zu überprüfen.

Nun, schließlich gab Herr Krahn zu, daß die Konferenz über Neuaufnahmen und über den Verbleib der Studenten der beiden Probesemester im Gange sei. Daraufhin wünschte man Herrn Schreiter und Herrn Croissant (Dozent für Bildhauerei) zu sprechen, die sich bei vorangegangenen Gesprächen bereit erklärt hatten, jene Konferenz (wenn die anderen Kollegen einverstanden seien) zusammen mit der BG abzuhalten, und man zeigte seine Enttäuschung darüber, daß sie umgefallen seien. Die sich anbahnende Diskussion wurde jedoch bald unterbunden, als Herr Eliasberg erschien: „Herr Croissant, können wir Sie eben mal sprechen?" Die diskussionsbereiten Professoren kehrten zurück zur geheimen Runde, Tür zu, Schlüsselrasseln. Was soll man machen, drei gegen sieben. Abschließende Frage: Wie soll man gemeinsam Kriterien zur Beurteilung — kreativen Schaffens (wie es ehrlicherweise in der Werbung heißt) — erarbeiten, wenn diejenigen, die offensichtlich glauben, diese Kriterien gepachtet zu haben, sich jeder Diskussion darüber entweder durch tiefgründiges Achselzucken oder durch „sensibles" Aneinanderreiben von Daumen und Finger („Das muß man eben spüren") zu entziehen. Nachdem auch Happenings, ein Tag der offenen Tür und eine Säulenbemalungsaktion keine Bereitschaft zur Veränderung des Status quo, sondern nur Androhung rechtlicher Konsequenzen für die Beteiligten nach sich zogen, wird man sich andere Praktiken überlegen müssen.

H. BÄR

punkt nicht ratsam sei. Die Zeitungen schrieben allerdings nicht von einer solchen Verschärfung, und auch eine telefonische Anfrage in Düsseldorf bewies das Gegenteil. Einige empfanden das als autoritäre Sauerei, und die Studenten bestanden auf einer Einladung, die nun auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurde, Anfang des Sommersemesters. Dafür ließ man harmlose Leute im Städel sprechen und den Lehrplan notdürftig auffüllen. Herr Kilian hielt einen Vortrag über die rechtliche Entwicklung der Kunsthochschulen, seiner Weisheit letzter Schluß betreffend Veränderungen war stets: Eine Eingabe an Schütte, Kultusminister (immer noch), Herr Hoffmann hielt einen Vortrag über Environment mit viel Lichtbildern und, interessant, interessant; als er darauf hingewiesen wurde, daß Environment in der Städelschule die Empörung des Hausmeisters und der Dozenten hervorriefe, zog er sich mit „Ich kenne die näheren Umstände nicht", aus der Affäre. Am 27. Januar 1969 luden Flugblätter zum Tag der offenen Tür in die Städelschule ein. Die von den Studenten geforderte Öffentlichkeit hatte in der Städelschule bisher nichts zu suchen. Etwaige Interessenten wurden meistens schon durch den Hausmeister vor der Tür abgefertigt, den viele Besucher wegen des autoritären Bluffens für den Direktor hielten; sie machten vor der Tür kehrt oder kamen nicht wieder wegen des ungastlichen Empfangs. Außer dem Hausmeister tritt niemand mit Verve für die augenblickliche Ordnung ein. Autoritäres Verhalten und Unsicherheit der Dozenten rührt vermutlich daher, daß sie von der augenblicklichen „Ordnung" selbst nicht sehr überzeugt sein können. Ungefähr 60 „kunstinteressierte Elemente" (Professor Geyger) folgten der Einladung des Flugblattes. Leider konnte nicht gleich mit der geplanten Öffentlichkeitsarbeit begonnen werden, da einige Studenten sich darüber aufregten, daß sie von der anonym erfolgten Einladung nichts wußten und plötzlich „mit Leuten von der Straße" konfrontiert waren. Diese Mißfallenskundgebung kam hauptsächlich von den Architekten, die als einzige Absolventen klare Berufserwartungen

Basisgruppe abzulösen. Da dieser Basisgruppe gleich alle Studenten beitraten, war die Voraussetzung geschaffen, gleichberechtigt mit den Dozenten sich wieder zusammenzusetzen (das Problem bestand und besteht allerdings darin, die Basisgruppe nicht als Abstimmungsmaschine, sondern als Arbeitsgruppe aufzufassen). Doch die Dozenten wollten nicht. — Siehe Bericht über Konferenz zu Neuaufnahmen. Das Semester schloß mit einer Säulenbemalungsaktion; deren Hergang und Resultat ist aus dem Brief der Dozenten an Beteiligte vom 3. März 1969 ersichtlich.

Einschreiben mit Rückschein

Sie haben am 26. 2. 1969 im Eingangshof der Städelschule, zusammen mit sieben Studierenden unserer Hochschule, acht Sandsteinsäulen mit Farbe bestrichen und den umliegenden Natursteinboden mit Farbe verunreinigt. Das Gebäude ist Eigentum der Städelstiftung; die Schule hat dem Eigentümer gegenüber die Verpflichtung eines Mieters. Sie werden aufgefordert, die von Ihnen rechtswidrig vorgenommenen Veränderungen an den Bauteilen bis zum 20. 3. 1969 in den ursprünglichen Zustand zu versetzen bzw. auf Ihre Kosten versetzen zu lassen. Sollten Sie diesem Verlangen nicht entsprechen, müssen Sie sowie die übrigen Beteiligten mit rechtlichen Konsequenzen rechnen.

Der Direktor im Auftrag des Lehrerkollegiums.

DISKUS **GUTSCHEIN** für eine kostenlose probelieferung **F**

ich bin noch nicht abonnent der FRANKFURTER RUNDSCHAU und möchte sechs tage kostenlos und unverbindlich die FRANKFURTER RUNDSCHAU lesen.

im anschluß an die 6-tage-probelieferung wünsche ich:

☐ weiterlieferung zum vorzugspreis für studenten für monatlich: DM 3,15 im abholabonnement — DM 3,40 bei postzustellung — DM 3,80 durch träger *

☐ vorerst keine weiterlieferung (gewünschtes bitte im ☐ mit einem x versehen)

vor- und zuname:

hochschule (kurzname), fakultät:

wohnort, zustellpostamt: ( )

straße, hausnummer, zimmer:

studienbestätigung (stempel): datum

(kann auch nachgereicht werden!) unterschrift

wir bitten Sie um vollständige und deutliche eintragungen. * (trägerzustellung ist nur in/um frankfurt möglich)

AUTOMOBILISTEN-ABC

AFFENZAHN

Jene präzise Maßeinheit, die Fußgänger grundsätzlich an motorisierte Verkehrsteilnehmer, Autofahrer jedoch nur an schnellere Standesgenossen anlegen. Unser Bild (links) zeigt einen Schimpansenzahn. Lit.: W. Knubbel »Der Affenzahn als sozio-historisches Phänomen«, 1929.

FAHRSCHULE POHL

6 Frankfurt a. M. · 1 Minute von der Uni · Bockenheimer Landstraße 113 · Tel.: 77 91 40

DIE FAHRSCHULE DER STUDENTEN

edition suhrkamp

Neu im Mai:

Jürgen Habermas
Protestbewegung und Hochschulreform

Eine Dokumentation von Stellungnahmen und Analysen
Erstausgabe. es Band 354.
Doppelband DM 5.-

Aus dem Inhalt: Die Zukunft des Studentenprotestes. Zwangsjacke für die Studienreform. Universität in der Demokratie — Demokratisierung der Universität. Kongreß »Hochschule und Demokratie« in Hannover am 9. Juni 1967. Für ein neues Konzept der Hochschulverfassung. Heilige Kühe der Hochschule.

Suhrkamp Verlag

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Bereitet im Studium revolutionäre Berufspraxis vor!

Von der antiautoritären Hochschulrevolte zur politischen Massenarbeit

Wollen wir unsere revolutionäre Strategie im Verhältnis von Reform und Revolution bestimmen, so haben wir nicht nur einzugehen auf die Absichten und Maßnahmen der Konterrevolution und auf die objektiven Tendenzen der globalen revolutionären Auseinandersetzungen — Demonstrationen und Streiks in den Metropolen, Zunahme der Volksrevolutionen im Weltmaßstab —, sondern gerade auch auf die konkreten Interessen der spezifischen Fraktionen der Klassen in der westdeutschen Gesellschaft. Das hat zur Voraussetzung, daß die dogmatischen Positionen der „Nur-Reformer" oder „Nur-Revolutionäre" innerhalb der Sammlungsbewegung der organisierten Linken aufgehoben werden, daß ihr falsches Bewußtsein aufgezeigt wird, damit die Konterrevolution nicht die Chance hat, aufgrund unserer falschen Praxis oder dogmatischen Einschätzung der Situation uns von der Massenbasis zu isolieren und durch polizeistaatliche Überfälle zu liquidieren.

Nach einer längeren Phase des revolutionären Pathos, das Ausdruck der Hochschulrevolte war, und nach einer Einleitung des Kurswechsels der Praxis der Linken an der Universität (dem Ausdruck einer revolutionären Strategie), soll die materielle Grundlage des studentischen Antiautoritarismus eingeschätzt werden; denn die „Antiautoritären" werden in einer Strategie von Reform und Revolution Verrat an den revolutionären Prinzipien vermuten und den Beginn von Reformismus und Sozialdemokratismus innerhalb der Linken entdecken. Das antiautoritäre Denken der vergangenen Vorbereitungsetappe des Klassenkampfes war in seiner dogmatischen Form aus mehreren Elementen zusammengesetzt, die sich alle herleiten lassen aus der Situation der kleinbürgerlichen Studenten an der Universität; die revolutionäre Bereitschaft setzte sich bei einem Teil der Genossen um in Verzweiflung und Resignation über die gesellschaftliche Isolation, und bei einem anderen Teil wurde die Ungleichzeitigkeit der revolutionären Entwicklung innerhalb der Universität, aber vor allem zwischen Universität und Gesellschaft, durch elitäre Rationalisierungen verleugnet. In der Parole der Propaganda der Tat, in kühnen Einzelaktionen, wollten manche Genossen der übrigen Studentenschaft beispielhaft den Weg der Revolutionierung des Bewußtseins weisen und deren Entfremdung durch die Aktion zerbrechen. Dieser aufopferungsvolle Humanismus in der Elite wollte den Stumpfsinn der Strebsamen, deren Verdrängungen entlarven, um in ihnen die Spontaneität für die Revolution zu erwecken. Die Pläne der Brandlegung, der Erstürmung der Fakultäten und der Aussperrung der Studenten sollten zugleich militant den Staatsapparat bedrohen und die Bereitschaft artikulieren, sich nicht mehr in den Systemzusammenhang zu integrieren. Aktion war spontaner Widerstand und der Versuch der spontanen Zerstörung der Bewußtseinsschranken der Studenten. Diese Verhaltensweise der Antiautoritären kann nur als elitäre umschrieben werden; sie ist eher Kennzeichen der Resignation als des Kampfes. Das Moralisieren, die Beschimpfung der Studenten in den Vollversammlungen, die Reduktion des Begreifens revolutionärer Praxis in den Kategorien von Mut und Feigheit (der Ernst-Jüngerschen-Phase der Revolutionäre kleinbürgerlicher Herkunft) konnte zustande kommen, weil die Linke es aufgegeben hatte, die Verdrängungen und Schwierigkeiten der studentischen Massen zu analysieren und durch eine revolutionäre Strategie wenigstens teilweise aufzuheben. Eine Bestimmung dessen, was revolutionäres Studium als Vorbereitung auf eine revolutionäre Berufspraxis heißen kann, wurde nicht vorgenommen. Der geübte Politik-Ersatz im oben beschriebenen Sinne ging auf Kosten der konkreten Mobilisierung der Studenten und der Arbeiter.

Einzelaktionen, Propaganda der Tat, können jetzt und in der Zukunft auf keinen Fall Agitation, Aufklärungskampagnen ersetzen. Wenn dennoch die Linke in der augenblicklichen Situation den Staatsapparat erfolgreich provozieren will — und es besteht kein Zweifel darüber, daß dies zu geschehen hat —, so muß sie genauer, als in der vergangenen Etappe, darauf achten, daß dessen eingesetzte Gewalt in jedem Falle als Schwäche erscheint, ohne daß diese eingesetzte Gewalt die beabsichtigte Liquidierung der Linken zur Folge hat. Keinesfalls dürfen wir solche staatlichen Gegenmaßnahmen herausfordern, die zu einer tatsächlichen oder auch nur eingebildeten Stärkung der Position des Klassengegners führen. Den Genossen, die meinen, in jedem gegebenen Augenblick die Polizeimacht auf der Straße bekämpfen zu müssen, muß klar sein, daß sie mit der Polizeimacht zugleich die Staatsmacht bekämpfen, und sie sollten kalkulieren, welches Risiko sie jeweils eingehen. Vor allem müssen sie wissen, daß ein solcher Kampf nicht von den individuellen psychischen Bedürfnissen ausgehen darf, sondern die jeweiligen Kräfteverhältnisse und die objektiven politischen Verhältnisse zu berücksichtigen hat und darüber hinaus die eigene Strategie und die der Konterrevolution. Erst dann wird es manchen Genossen wieder begreiflich gemacht werden können, daß es Links-Opportunismus ist, wenn sie behaupten, sie könnten nicht hinter eine einmal geübte Form der Demonstration und Provokation des Staatsapparates „zurückfallen". Anarchistische Aktionen haben einen bedeutenden Stellenwert im Zusammengehen mit Massenaktionen — wenn wie in Kuba zwischen 1957 und 1959 die Sprengung von Polizeistationen, Brücken und Kasernen Kennzeichen des Volkskrieges waren, die Massen in diesen Aktionen ihren eigenen Widerstand, ihren Haß gegen das Batista-Regime erkannten; wenn wie in Vietnam ab 1958 die Liquidierung von Diem-Bürokraten und -Söldnern, die Verminung von Transportwegen und die Schleifung militärischer Stützpunkte die politische Massenarbeit der Revolutionäre beförderten und so dem revolutionären Volkswillen deutlicheren Ausdruck gaben. Aktionen, die von der Masse der linken Studenten nicht verstanden werden, die nicht Momente langfristiger Kampagnen mit klaren Zielen und deutlichen Parolen sind, dienen der Konterrevolution als Orientierungen zur Einleitung ihrer Gegenmaßnahmen. Der revolutionäre Antiautoritarismus wird dann zum phrasenhaften Links-Opportunismus, der in dieser Blindheit manipulierbar ist und ausgenutzt werden kann im Sinne der konterrevolutionären Strategie zur Trennung der Linken von ihrer Massenbasis. Ein logisch aus der Vernachlässigung dieser Analyse sich ergebendes Charakteristikum des Links-Opportunismus ist auch die These vom „Stellvertreter des Proletariats". Sind die Unterdrückungssituation an der Universität, die Examensängste, die mangelnde Identität mit dem Beruf, die Perspektivlosigkeit erst einmal verdrängt, wird ein Idealbild des Klassenkampfes ersonnen, das, da konkret in der Gesellschaft für diesen Kampf nur schwache Anzeichen vorhanden sind, durch die Aktionen dieser Genossen ausgefüllt werden soll. Das Resultat aber ist die Phraseologisierung des Kampfes, wodurch weder eine tatsächliche Revolutionierung der Studenten erreicht noch den Arbeitern konkrete Perspektiven für eine revolutionäre Tätigkeit in ihrem Praxisbereich gewiesen wird.

Revolutionäre Wissenschaft, revolutionäre Technologie und Revolutionierung der Berufe

Soll der Kampf an der Universität wieder Bestandteil der Revolutionierung der Gesellschaft werden, dann muß er zum entstehenden Klassenkampf in der spezifischen westdeutschen Gesellschaft und zu den weltweiten Volkskriegen und Aufständen konkret vermittelt werden. Die Studentenrevolte und die Ausbildung der Studenten an der Universität müssen demnach definiert sein durch die Bedürfnisse der Volksrevolutionen, der Demonstrationen und Aktionen gegen die internationale Konterrevolution, der Generalstreiks und Massenaktionen gegen den Herrschaftsapparat des Kapitals (Frankreich, Italien) und durch die Bekämpfung des *technologischen Faschismus*, der Antwort auf die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und der Antwort auf die drohende Revolutionierung der kapitalistischen Gesellschaften. Wir haben davon auszugehen, daß in zunehmendem Maße die Massenaktionen, aber auch die klandestinen Sabotageakte, die revolutionäre Tätigkeit in der Zukunft bestimmen werden. Die Universität muß in diesem Kontext als eine gesellschaftliche Region verstanden werden, in der auf Grund der Aus- durch die Bedürfnisse des Klassenkampfes und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft; c) der Machtergreifung des Proletariats, denn die Zusammenarbeit von revolutionären Arbeitern und Ingenieuren, Lehrern, Soziologen, Medizinern etc. verlangt, daß im Prozeß einer Streikbewegung Gegenstrukturen gegen den Kapitalismus errichtet werden (Lehre aus dem Scheitern des Generalstreiks in Frankreich, siehe Experimente in Nantes). Bereits diese Disposition von Berufsausbildung und Klassenkampf gibt an, daß die revolutionären Wissenschaftler keine Agenten der Volkskriege der „Dritten Welt" oder Bombenbastler für die „Erste Welt" sind, sondern in den je spezifischen Bereichen (Schulen, Fabriken, Universitäten) die revolutionären Volksschichten und Fraktionen der Arbeiterklasse mobilisieren. Diese Revolutionierung der Berufe im Klassenkampf schafft einen neuen Typus von Berufsrevolutionär, der nicht im Auftrage einer Partei oder einer abstrakt-revolutionären Bewegung agiert und Hüter der Parteidoktrin wird, der von der Partei und durch die Bewegung ernährt werden muß und der in dieser Vom ersten Hauptquartier sollen innerhalb

Die Germanisten geben hierfür ein Beispiel:

Angesichts der Erfahrungen, wie schwierig die Arbeit des Lehrers ist, haben die Germanisten die Schlußfolgerung gezogen, daß es unverantwortlich ist, weiter mit der Parole von der revolutionären Berufspraxis zu hausieren, ohne genauere Aussagen darüber machen zu können, welchen Beitrag der Lehrer durch seinen Unterricht zur Zerschlagung des Kapitalismus leisten kann. Was er in der Klasse zu tun, und was er tunlichst zu lassen hat. Sie haben daher zunächst das Schlagwort von der Syndikalisierung ihres Berufes als Phrase erkannt und über Bord gefegt. Sie beginnen jetzt, sich mit dem Problem der Kaderbildung zu beschäftigen. Zu diesem Zweck richtet die ad hoc-Gruppe der Germanisten drei Hauptquartiere ein und fordert die ad hoc-Gruppen jener Fachrichtungen, in denen Lehrer herangebildet werden, auf, in diesen Hauptquartieren mitzuarbeiten. Es sind dies:

1. das Hauptquartier der Organisation der Lehrer sowie der Reorganisation der Lehrerausbildung,
2. das Hauptquartier der Schülerarbeit,
3. das Hauptquartier der revolutionären Jugendorganisation.

menarbeit mit den rebellischen Schülern nicht genügt wird, da die Schülerrebellion im gegenwärtigen Stadium noch keinen Beitrag zum Klassenkampf leistet. Die Schülerrebellion kann naturwüchsig nicht die proletarische Linie einschlagen. Nur in der Zusammenarbeit der Schüler mit ihren Altersgenossen aus der Arbeiterklasse wird dies möglich sein. Aufgabe dieses Hauptquartiers ist es zu erkunden, wo sich Ansätze einer solchen revolutionären Jugendorganisation bilden und was künftige Lehrer in diesen Organisationen tun können, um sich selber zu schulen. Vorschläge sind zu erarbeiten und Phantasie ist zu entwickeln: die Möglichkeiten, mit Jugendlichen gemeinsame Feriencamps durchzuführen, in denen Politisierungsprozesse eingeleitet, die Solidarität unter den Jugendlichen der verschiedenen Klassen gefestigt und konkrete Kampfmaßnahmen vorbereitet werden, sind zu erkunden. Aus den Erfordernissen der kombinierten drei Hauptquartiere leitet sich das neue Ausbildungsprogramm für künftige revolutionäre Lehrer her. Dieses Programm sind sie wild entschlossen an die Stelle des traditionellen Lehrbetriebs zu setzen. Das heißt, sie werden durch entschlossenes Vorgehen sich die Freiräume erobern, in denen sie Lehre und Forschung gemäß ihren strategischen Bedürfnissen selbst gestalten. Selbstverständlich werden sie sich das Recht auf Scheinvergabe für diese Arbeit erzwingen.

Zur Universität als Arbeitsplatz sozialistischer Betriebsbasispraxis

Unter dem zweiten Aspekt, der Universität als Arbeitsplatz sozialistischer Betriebsbasispraxis, soll am Beispiel der *Soziologen* aufgezeigt werden, inwieweit das Nebeneinander von Hochschul- und Basisgruppenbereich aufhebbar ist; in seiner Funktion der Bereitstellung von Wis- Ansätze einer Sektionsbildung (Sektion Industrie- und Betriebssoziologie, Sektion Sozialisation, Sektion Medizinsoziologie), die organisiert und getragen von Studenten, auf eine totale Neustrukturierung des soziologischen Institutes der Erfordernisse

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

einandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft (und der technokratischen Studienreform) ein revolutionäres Bewußtsein geformt wird. In der Universität müssen Kampfkollektive entstehen, die sich vorbereiten auf den Klassenkampf in den spezifischen gesellschaftlichen Bereichen. In der Universität muß eine revolutionäre Wissenschaft entwickelt werden, die *nicht bloß kritische Theorie* ist, sondern *im Interesse der Revolutionierung der Gesellschaft wirkt.* Das heißt: die revolutionäre Wissenschaft muß direkt Mittel werden a) der Volksrevolutionen (z. B. Entwicklung von Abwehreinrichtungen gegen die konterrevolutionäre ABC-Kriegsführung, Entwicklung neuer volkstümlicher Technologie, Erfindung revolutionärer Produktionsmethoden und -mittel); b) der Entwicklung einer *revolutionären Technologie,* die sich konzentriert auf den technischen Arbeitsprozeß und dabei den Einfluß der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ausschließt (die Ausbildung an der gegenwärtigen Universität geht aus von bestimmten Produktionsstrukturen, die in den Produktionsprozeß selbst Elemente der Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals miteinbeziehen); diese revolutionäre Technologie verlangt eine Loslösung von der Spezialausbildung und wird gekennzeichnet

Funktion oft Hindernis der Revolutionierung wird, sondern dieser neue Berufsrevolutionär ermöglicht gerade die Mobilisierung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche und macht es der Konterrevolution unmöglich, diese revolutionäre Bewegung zu liquidieren, es sei denn durch Genozid. Zugleich schafft die bereits jetzt begonnene Revolutionierung der Technologie, Produktion, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften die Voraussetzung dafür, daß der Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen erleichtert wird, diese sich schneller nach den wahren Bedürfnissen der Massen ausrichten können (Kulturrevolution in der Revolution).

Indem der Versuch, die Universitäten dem Kapital zu entziehen, im Streik des letzten Wintersemesters greifbare Formen annahm, zeichnete sich auch die Wendung von der Verweigerung der Universität zu ihrer Umfunktionierung für unsere Ziele ab. Gleichzeitig mit der materiellen Verweigerung der Universität entwickelten wir die ersten Ansätze, die Universität sozialistischen Zielen dienstbar zu machen. Und zwar in zweierlei Hinsicht: einmal als Ausbildungsstätte revolutionärer Berufspraxis, zum anderen als Arbeitsplatz sozialistischer Betriebsbasisgruppen.

des regulären Lehrbetriebes Schulungskurse eingerichtet werden, in denen Genossen, die bereits im Schuldienst stehen, mit solchen, die sich auf diesen vorbereiten, Modelle darüber erarbeiten, was ein revolutionärer Unterricht leisten muß. Schüler werden an diesen Schulungskursen mitarbeiten. Die gemeinsam theoretisch aufgearbeiteten Erfahrungen sollen zu präzisen Empfehlungen und Anregungen gerinnen, die jenen zur Verfügung gestellt werden können, die mit der Parole von der revolutionären Berufspraxis im Herzen in den Schuldienst gehen möchten.

Das zweite Hauptquartier versucht, die verschiedenen Initiativen mit Schülern zusammenzuarbeiten, zu koordinieren. Aus den auftretenden Problemen und gemachten Erfahrungen werden Fragestellungen abgeleitet, die zum Gegenstand von Enqueten gemacht werden können, die im regulären Seminarbetrieb eingebracht werden. Dieses Hauptquartier versucht die organisatorischen Vorbedingungen dafür zu schaffen, den Lehrerberuf gemeinsam mit den rebellischen Schülern zu erlernen.

Das dritte Hauptquartier basiert auf der Erkenntnis, daß der Forderung, den Beruf im Klassenkampf zu erlernen, durch die Zusam-

sen für die Unterdrückten sich aber beschränkt auf eine Revolutionierung der *Studienpraxis* und das Moment der Arbeitsmöglichkeit nach dem Studium, das Moment der materiellen Reproduktion noch nicht löst.

In der Entwicklung eines soziologischen Seminars zu Fragen des Gesellschaftsbildes von Arbeitern, das aus der Frustration über einen praxisfernen Seminarmarxismus die Konsequenzen zog und über Gruppendiskussionen mit Arbeitern zu Fragestellungen der Agitation von Arbeitern kam, die folgerichtig in die Gründung einer Basisgruppe einmündeten, stellte sich der Zusammenhang zwischen Universitäts- und Basisgruppenbereich her.

Auf der einen Seite folgte aus dem theoretischen Ansatz der Institutsarbeit eine langfristigere nicht nur konfliktbezogene Perspektive der Betriebsbasisarbeit, auf der anderen Seite wurde die sich aus der praktischen Arbeit ergebende Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen in und außerhalb der Universität und das Problem der Geld- und Raumbeschaffung als institutioneller Konflikt in das soziologische Institut getragen.

So wurden die sich an der praktischen Arbeit konkretisierenden Bedürfnisse umgesetzt in

instituts, den Erfordernissen einer antikapitalistischen Strategie entsprechend, hinzielt.

Klar ist, daß dieser Ansatz, der durch die Losung SUBSUMPTION DER AD-HOC-GRUPPEN UNTER DIE SEKTIONSPOLITIK charakterisiert wird, nicht einheitlich und gleichzeitig wird stattfinden können. So werden die Ad-hoc-Gruppen als studentische Interessenvertretung zur Einführung und Agitation der Erstsemester zunächst bestehen bleiben müssen.

Das Prinzip dieses Ansatzes ist es, durch die Schaffung einer breiten horizontalen (andere Fachbereiche) und vertikalen (außer-universitäre Bereiche) Kooperation und eines Selbstverständnisses der Sektionsgruppen als SOZIALISTISCHE KADER einen verbindlichen Diskussionszusammenhang herzustellen, der die Gewinnung einer sozialistischen Strategie erst ermöglicht.

(Auszüge von: Autorenkollektiv AStA und SDS Berlin, Die Verschwörung des Berliner Senats gegen die Studenten — Dokumente und Kommentare zur Hochschulpolitik; Hochschulstrategisches Redaktionskollektiv AStA, Ad-hoc-Gruppen, SDS Berlin, Zur Hochschulstrategie, Rote Presse Korrespondenz Berlin, Nr. 9/1969)

Erlernt Euren Beruf im Klassenkampf!

Revolutionäres Studium an der Universität als Vorbereitung revolutionärer Berufspraxis

Im vergangenen Semester wurde der künftige Beruf des Studentenrebellen thematisiert. Wir begannen die Universität mehr und mehr unter ihrem Aspekt als Berufsausbildungsstätte zu sehen. Die Universität unseren Zielen dienstbar machen heißt, daß wir versuchen müssen, die Berufsausbildung in unsere Hand zu bekommen. Wir machten die ersten Schritte dazu, die Berufsausbildung in verschiedenen für den Klassenkampf strategischen Bereichen zu reorganisieren und damit zugleich die Bereiche unserer künftigen Praxis zu organisieren. Wir folgten damit einem dringenden subjektiven Bedürfnis. Eine Studentenpolitik nämlich, die davon abstrahiert, daß die Studienzeit nur eine Durchgangsphase ist, wird nie eine Politik sein, an der sich die Masse der Studentenschaft beteiligen kann. Wenn die politische Arbeit während der Studienzeit nicht für den einzelnen Studenten eine individuelle Perspektive permanenter politischer Arbeit eröffnet, dann wird sie zu einer linken Reproduktion der Zeit des Austobens, die die bürgerliche Gesellschaft ihrem Nachwuchs je gegönnt hat, um ihn dann um so besser einpassen zu können. Die Folgen des Mangels, bisher solche individuellen Perspektiven durchdacht zu haben, machen sich bereits bemerkbar: in Zynismus oder Verzweiflung. Immer mehr Studenten versinken resigniert ins bürgerliche Leben oder fürchten sich vor dem Studienabschluß, fürchten sich, den Raum zu verlassen, in dem sie politisch haben arbeiten können. Wenn der von den Universitäten ausgehende antikapitalistische Kampf also nicht durch Resignation stagnieren oder aus Verzweiflung falsche Wege gehen soll, muß der Versuch, die Produktivkraft Wissenschaft gegen die Herrschenden zu wenden, beschleunigt unter dem Aspekt der Erarbeitung individueller Perspektiven vorangetrieben werden.

Das heißt, daß wir im kommenden Semester die ausgegebenen Parolen „Bereitet im Studium revolutionäre Berufspraxis vor" und „Erlernt euren Beruf im Klassenkampf" konkretisieren müssen. Diese Arbeit allein heißt Organisieren. Alles andere ist abstraktes Geschwätz.

Nach den Erfahrungen des vergangenen Semesters und der Semesterferien muß bereits jetzt dem Revisionismus vorgebeugt werden. Revolutionäre Berufspraxis kann niemals heißen, mit einem sozialistischen Bewußtsein in einem etablierten Beruf zu überwintern; das ist auch dann keine Praxis, wenn man aus seinem Bewußtsein Diskussionen am Arbeitsplatz speist. Erst recht darf revolutionäre Berufspraxis nicht heißen, mittels der Kombination von Stellung und Bewußtsein irgendwelche Reformen zu erstreben. Es muß ganz deutlich gesagt werden: Alle Berufspraxis ist nur insoweit revolutionär, als sie einen wie kleinen Beitrag auch immer zur Organisation und zum Sieg der Arbeiterklasse leistet. Diese stringente Definition der revolutionären Berufspraxis weist uns auf den Weg, auf dem wir die ersten organisatorischen Schritte tun müssen. Wir haben eine sorgfältige Analyse der strategisch wichtigen Berufe zu machen und eine Linie zu erarbeiten, wie in diesen Berufen ein Beitrag zur Zerschlagung des Kapitalismus geleistet werden kann (Bereiche, die sich der Erarbeitung einer solchen Linie notwendig verschließen müssen, sollten wir nicht länger mit der Parole von der revolutionären Berufspraxis behelligen). In Seminaren, die wir selber durchzuführen haben, haben wir uns mit Genossen, die bereits in diesen Berufen stehen, über die konkreten Praxismöglichkeiten zu verständigen, Handlungsanweisungen für Aspiranten auf diesen Beruf zu erarbeiten und so die Kaderbildung auf diesem Sektor voranzutreiben.

Sie fand die Sache von Anfang an sehr reizvoll

Die Sache mit dem COMBI-SPAREN. Reizvoll an dieser neuen Sparform ist der Sparbonus. Nach Ablauf von fünf Jahren gewähren wir ein Investmentpapier, dessen Wert mindestens 1 % der während der Laufzeit des COMBI-Sparvertrags erbrachten Sparleistung entspricht. Mit anderen Worten: bei uns können Sie jetzt mehr bekommen als nur Zinsen. Natürlich hat sie das COMBI-SPAREN MIT COMMERZBANK-SPARBONUS gleich mit dem prämienbegünstigten Sparen und mit den Vorteilen des 312 DM-Gesetzes gekoppelt. Das können Sie bei Abschluß eines neuen Vertrags auch. Fragen Sie unsere COMBI-Fachberater!

COMMERZBANK
... eine Bank, die ihre Kunden kennt

in der Nähe der Uni:
Zweigstelle Bockenheim
Gräfstraße 85

Rotbücher

2. Paul A. Baran / Erich Fried / Gaston Salvatore: **Intellektuelle und Sozialismus.** 128 Seiten. DM 4,50
3. Aimé Césaire: **Über den Kolonialismus.** 80 S. DM 3,50
5. Mao Tse-tung: **Über Praxis und Widerspruch.** 96 Seiten. DM 3,50
7. Wolfgang Dreßen: **Antiautoritäres Lager und Anarchismus. Mit einem Lesebuch.** 160 Seiten. DM 5,50
9. Ernesto Che Guevara: **Guerilla – Theorie und Methode.** 160 Seiten. DM 5,50
10. Wilfried Gottschalch: **Parlamentarismus und Rätedemokratie. Mit einem Lesebuch.** 128 Seiten. DM 4,50

Abonnieren Sie die Rotbücher in Ihrer Buchhandlung. Sie erhalten sie dann sofort nach Erscheinen für DM 1,- billiger. Der Verlag schickt gern den Almanach kostenlos: Berlin 31, Jenaer Straße 6 **Wagenbach**

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de